



Wortprotokoll der 43. Sitzung

Wirtschaftsausschuss

Berlin, den 10. Mai 2023, 09:00 Uhr
 Paul-Löbe-Haus E.200
 10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Michael Grosse-Brömer, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite 5

a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

**Eine europäische Antwort auf das US-Gesetz zur
 Inflationsbekämpfung geben –
 Standort Europa stärken, transatlantische
 Partnerschaft ausbauen**

BT-Drucksache 20/5352

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
 Union

Haushaltsausschuss

b) **Mitteilung der Kommission an das Europäische
 Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den
 Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss
 und den Ausschuss der Regionen
 Ein Industrieplan zum Grünen Deal für das
 klimaneutrale Zeitalter**

KOM(2023)62 endg.; Ratsdok.-Nr. 5933/23

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Finanzausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
 und Verbraucherschutz

Ausschuss für Digitales

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
 Union



- c) Antrag der Abgeordneten Christian Leye, Alexander Ulrich, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Deindustrialisierung verhindern – Aktive Industriepolitik für Klima und Beschäftigung als robuste Antwort auf das US-Gesetz zur Bekämpfung der Inflation

BT-Drucksache 20/6545

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss



Liste der Sachverständigen

Dr. Fritzi **Köhler-Geib**⁴
Chefvolkswirtin
KfW Bankengruppe
60325 Frankfurt am Main

Prof. Dr. Stefan **Kooths**¹
Direktor Forschungszentrum Konjunktur und Wachstum
Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)
24105 Kiel

Matthias **Krämer**²
Abteilungsleiter Außenwirtschaftspolitik
Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI)
10178 Berlin

Prof. Dr. Tom **Krebs**, Ph.D.²
Professur für VWL, Makroökonomik und Wirtschaftspolitik
Universität Mannheim
68161 Mannheim

Prof. Mariana **Mazzucato** Ph.D.³
Professor in the Economics of Innovation & Public Value and
Founding Director of the UCL Institute for Innovation and Public Purpose (IIPP)
University College London (UCL)
Great Britain

Prof. Dr. Niklas **Potrafke**⁴
Leiter des ifo-Zentrums für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie
81679 München

Prof. em. Dr. Ulrich **van Suntum**⁵
Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Universität Münster
48149 Münster

¹ Auf Vorschlag der Fraktion der FDP zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

² Auf Vorschlag der Fraktion der SPD zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

³ Auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

⁴ Auf Vorschlag der Fraktion der CDU/CSU zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

⁵ Auf Vorschlag der Fraktion der AfD zur öffentlichen Anhörung eingeladen.

**Mitglieder des Ausschusses**

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Arlt, Johannes Bartz, Alexander Katzmarek, Gabriele Limbacher, Esra Poschmann, Sabine Roloff, Sebastian Töns, Markus Walter, Hannes Werner, Lena Westphal, Bernd	Gremmels, Timon Hubertz, Verena Junge, Frank Kreiser, Dunja Kröber, Martin Marvi, Parsa Mehltretter, Andreas Schmidt, Uwe Seitzl, Dr. Lina Weingarten, Dr. Joe
CDU/CSU	Durz, Hansjörg Grosse-Brömer, Michael Klöckner, Julia Kuban, Tilman Linnemann, Dr. Carsten Loos, Bernhard Metzler, Jan Rouenhoff, Stefan Willsch, Klaus-Peter	Connemann, Gitta Gramling, Fabian Körber, Carsten Mörseburg, Maximilian Ramsauer, Dr. Peter Scheuer, Andreas Spahn, Jens Stetten, Christian Frhr. von Wiener, Dr. Klaus
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Außendorf, Maik Banaszak, Felix Detzer, Dr. Sandra Kopf, Chantal Sekmen, Melis	Badum, Lisa Beck, Katharina Herrmann, Bernhard Sacher, Michael Spallek, Dr. Anne Monika
FDP	Bauer, Nicole Houben, Reinhard Todtenhausen, Manfred Ullrich, Gerald	Cronenberg, Carl-Julius Klein, Karsten Köhler, Dr. Lukas Reinhold, Hagen
AfD	Holm, Leif-Erik Kaufmann, Dr. Malte Komning, Enrico Schulz, Uwe	Espendiller, Dr. Michael Münzenmaier, Sebastian Schattner, Bernd Ziegler, Kay-Uwe
DIE LINKE.	Leye, Christian Meiser, Pascal	Dağdelen, Sevim Ulrich, Alexander

*

Die unterschriebenen Anwesenheitslisten sowie die Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Video-/Telefonkonferenz werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Wirtschaftsausschusses und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



Beginn der Sitzung: 09:06 Uhr

Einziger Tagesordnungspunkt

a) Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Eine europäische Antwort auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen

BT-Drucksache 20/5352

b) Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen

Ein Industrieplan zum Grünen Deal für das klimaneutrale Zeitalter

KOM(2023)62 endg.; Ratsdok.-Nr. 5933/23

c) Antrag der Abgeordneten Christian Leye, Alexander Ulrich, Dr. Gesine Löttsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Deindustrialisierung verhindern – Aktive Industriepolitik für Klima und Beschäftigung als robuste Antwort auf das US-Gesetz zur Bekämpfung der Inflation

BT-Drucksache 20/6545

Der **Vorsitzende**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste. Ich freue mich, Sie alle begrüßen zu können zur öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses am heutigen 10. Mai, hier im Paul-Löbe-Haus. Ich kann gleich noch begrüßen, glaube ich, die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Franziska Brantner. Die ist, glaube ich, noch kurz aufgehalten. Da sie aber häufig bei uns zu Gast ist, wird sie es mir nicht übelnehmen, dass ich schon mal anfrage. Denn bei einer Anhörung hat sie jetzt auch nicht so die tragende Rolle, die sie sonst immer hat, aber trotzdem ist es schön, dass sie da sein wird. Herzlich willkommen sind insbesondere die eingeladene Sachverständige und die Sachverständigen und im Übrigen auch zwei virtuell zugeschaltete Sachverständige. Wir freuen uns, dass Sie die Zeit gefunden haben und wir von Ihrem Sachverstand profitieren dürfen. Die Antworten der Professorin Mariana Mazzucato, die ich auch herzlich begrüße und

uns zugeschaltet ist, die werden simultan deutsch-englisch gedolmetscht. Dafür haben wir glücklicherweise auch zwei Dolmetscher gefunden, über den sogenannten Dolmetscher-Hub werden die zugeschaltet. Kopfhörer liegen deshalb vor Ihnen. Als Sachverständige für die heutige öffentliche Anhörung wurden benannt:

- Dr. Fritzi Köhler-Geib von der KfW-Bankengruppe aus Frankfurt.
- Prof. Dr. Stefan Kooths, Direktor Forschungszentrum Konjunktur und Wachstum des Kieler Instituts für Weltwirtschaft.
Und weiterhin
- Matthias Krämer, Abteilungsleiter Außenwirtschaftspolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie.
- Prof. Dr. Tom Krebs, Professor für VWL, Makroökonomik und Wirtschaftspolitik an der Universität in Mannheim.
Die von mir schon begrüßte
- Frau Prof. Mariana Mazzucato vom University College in London, Founding Director of the Institute for Innovation and Public Purpose. Da haben Sie ein schönes Aufgabenfeld, glaube ich, und schön, dass Sie bei uns sein können.
- Prof. Dr. Niklas Potrafke ist ebenfalls als Sachverständiger bei uns, der Leiter des Ifo-Instituts für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie in München.
Und schließlich
- Herr Prof. Dr. Ulrich van Suntum von der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Universität Münster. Sie waren, glaube ich, bei uns auch schon häufiger zu Gast, wenn ich mich recht entsinne. Also nicht bei uns, aber hier im Deutschen Bundestag.

Ihnen allen ein herzliches Willkommen. Gleiches gilt auch für die Beamten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz und jetzt auch für die anwesende Frau Kollegin Dr. Brantner, herzlich Willkommen. Alle Gäste begrüße ich ebenso herzlich. Wir werden live übers Parlamentsfernsehen übertragen. Da sind



traditionell mehrere Millionen Zuschauer jetzt dabei. Falls das wider Erwarten nicht der Fall sein soll, würde ich, glaube ich, sagen, bei dem Thema sind möglicherweise mehr, als man denkt, denn das ist schon ein spannendes Thema, wirtschaftlich auch wirklich bedeutsam. Alle, die uns allerdings jetzt über Videokonferenz zugeschaltet sind, die bitte ich, die Stummschaltung zu aktivieren, dann hören wir nicht so viel von Ihnen von zu Hause, möglicherweise ist es im beiderseitigen Interesse, aber Sie können uns hoffentlich gut verstehen und dieser gesamten Anhörung gut Folge leisten. Der heute maßgebliche Tagesordnungspunkt beinhaltet zwei Anträge: einmal den Antrag der Fraktion der CDU/CSU, der da lautet: „Eine europäische Antwort auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben - Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen“. Wir können, wie wir gelernt haben, im Deutschen Bundestag, nicht einfach „Inflation Reduction Act“ sagen, sondern es muss in deutscher Sprache verständlich ausgedrückt werden, das hat ja auch seine Vorteile. Es handelt sich dabei um eine Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, in den Ausschuss der Regionen: „Ein Industrieplan zum Grüner Deal für das klimaneutrale Zeitalter“. Und das betrifft das Ratsdokument Nummer 5933/23. Und schließlich behandeln wir heute auch ergänzend den Antrag der Fraktion DIE LINKE., der – sozusagen – mit dem Antrag der CDU/CSU heute Gegenstand der Anhörung wird, nämlich mit dem Titel „Deindustrialisierung verhindern. Aktive Industriepolitik für Klimabeschäftigung als robuste Antwort auf das US-Gesetz zur Bekämpfung der Inflation“. Da haben wir wieder die perfekte Übersetzung. Zum Ablauf der heutigen Anhörung ... die Kolleginnen und Kollegen langweilen sich möglicherweise schon, weil es immer dasselbe ist, aber es gibt sicherlich manche, die nicht jedes Mal bei unseren Anhörungen dabei sind. Für die teile ich mit, dass wir diese Anhörung orientiert am Stärkeverhältnis der Fraktionen durchführen. Für die gesamte Anhörung stehen uns eineinhalb Stunden zur Verfügung. Und wir sind natürlich zwangsläufig darauf angewiesen,

dass sich alle möglichst kurzfassen, und wir sind überfraktionell übereingekommen, dass pro Wortmeldung eine maximale Redezeit von drei Minuten existiert. Und zwar für Frage und Antwort. Das beinhaltet die kluge Vorgehensweise, dass, je kürzer die Frage gestellt wird, umso länger die Chance für die Antwort bleibt, das wissen die Kolleginnen und Kollegen aber in den meisten Fällen, und deswegen bin ich zuversichtlich, dass wir auch heute wieder sehr zügig eine interessant gestaltete Anhörung erleben werden. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, das wissen Sie aber alle, zu Beginn der Frage den Namen des oder beziehungsweise der Sachverständigen zu nennen, an den oder an die sich die Frage richtet. Wir verzichten auf Eingangsstatements angesichts der etwas beschränkten Zeit. Wir haben danach nämlich noch eine Beratungssitzung. Wir haben viele Sitzungen heute, weil ja auch viel passiert ist im Wirtschaftsausschuss und drum herum, und deswegen wird es ein spannender Tag für viele und für uns und sicherlich sehr interessant. Deswegen ist es angemessen, dass wir eine Anhörung mit so einem spannenden Thema beginnen heute Morgen. Es wird im Übrigen dazu ein Wortprotokoll erstellt und deswegen ist es auch gut, wenn wir vorher wissen, wer gefragt wird, damit wir dann auch genau wissen, von wem die Antwort ist.

Dann kommen wir jetzt zur Befragung. Und nach dem Stärkeverhältnis beginnt die SPD mit Bernd Westphal.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank, meine Damen und Herren Sachverständige, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Der IRA in den USA hat enorme Veränderungen und natürlich auch eine Konkurrenzsituation zu Europa gebracht. Verbesserungen im Klimaschutz – das, was wir immer erwartet haben, wird jetzt gemacht, aber auch gute Arbeitsbedingungen und gute Investitionsbedingungen. Und deshalb meine Frage an Herrn Krämer: Haben Sie Informationen, welche Auswirkungen das hat auf konkrete Investitionsentscheidungen von Unternehmen in Deutschland, Europa mit den Rahmenbedingungen in den USA?

SV **Matthias Krämer** (BDI): Herzlichen Dank für



die Frage. Einen guten Morgen in die Runde. Ich freue mich, hier dabei sein zu dürfen. Ich kann diese Frage wie folgt beantworten: Schon bevor der IRA eingeführt wurde und im letzten Sommer diskutiert wurde, haben wir in unserer Mitgliedschaft schon ein sehr großes und verstärktes Interesse am Unternehmensstandort USA verspürt. Das liegt unter anderem an der geopolitischen Kulisse beziehungsweise an der Strategie vieler Unternehmen, sich breiter aufzustellen und die möglichen Spannungen in anderen Regionen der Welt – unterstellend sozusagen – besser abfedern zu können. Insofern war vorher schon deutlich zu sehen, dass die USA sehr interessant sind. Nun natürlich in Verbindung mit den sehr günstigen Energie- und Stromkosten vor Ort und dann noch on top jetzt dieses Programm ist einmal mehr dieser Standort von enormem Interesse. Ich kann Ihnen zum heutigen Tag keine wirklich belastbaren Zahlen und Fakten und Investitionssummen nennen. Das ist, glaube ich, noch zu früh. Es ist aber ganz klar in unserer Mitgliedschaft ein Strom zu erkennen, eine sehr hohe Tendenz, Investitionen in den USA zu tätigen, und damit übrigens auch einhergehend ein großes Interesse, unter anderem im Maschinen- und Anlagenbau, diese Investitionen durch die entsprechenden Ausrüstungen zu begleiten. Und vor diesem Hintergrund, ja, es gibt diesen Effekt, es gibt eine gewisse Sogwirkung, gleichwohl eine seriöse Angabe jetzt von Zahlen ist meines Erachtens nicht möglich. Wir müssen vor allen Dingen aber auch eines sehen: Wenn Unternehmen sich solche Investitionen vornehmen, dann sind das multifaktorelle Entscheidungen. Das ist jetzt nicht nur ein Förderprogramm, das in den USA aufpoppt und was zugegebenermaßen sehr attraktiv durch die Einfachheit ist, durch die Abschreibungen. Aber es sind eine ganze Reihe anderer Faktoren, die in diese Investitionsentscheidungen noch mit einbezogen werden und das sind Prozesse, die in den Unternehmen sehr lange dauern. Das ist in kapitalmarktorientierten Unternehmen unterschiedlich vielleicht zu Familienunternehmen, aber gleichwohl als Fazit angesichts der Zeit: Ja, es gibt diesen Sog. Und ja, es ist ein Push sicherlich für Investitionen. Wir werden sicherlich in zwei bis drei Jahren

belastbarere Zahlen haben, die uns dann auch Auskunft darüber geben, ob es zu echten Verlagerungen oder zu neuen Investitionsentscheidungen gekommen ist. Vielleicht so weit.

Der **Vorsitzende**: Ja, herzlichen Dank, Herr Krämer, vor allen Dingen wegen der perfekten zeitlichen Organisation Ihrer Antwort. Ich hoffe, das gilt als Vorbild. Jetzt bekommt Tilman Kuban das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Tilman Kuban** (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. Ich mache es schnell, ohne Vorrede, wegen der Zeit. Herr Prof. Potrafke, ich hätte zwei Fragen an Sie. Vielleicht könnten Sie erst einmal grundsätzlich erläutern, was für und was gegen Subventionen spricht, und zweitens, wie Ihrer Auffassung nach schnelle Investitionsprogramme hier ausgestaltet sein müssten?

SV **Prof. Dr. Niklas Potrafke** (Ifo-Institut München): Vielen Dank. Ich sehe die Subventionsfragen insgesamt sehr kritisch im Zuge des Inflation Reduction Acts und starte sozusagen schon mit einem Urteil, nämlich dass wir uns mit dem Subventionswettbewerb und weiteren Subventionen zurückhalten sollten. Schauen Sie, Subventionen helfen dann, wenn Sie Branchen oder die Produktion von Gütern subventionieren, wo wir komparative Vorteile haben. Wenn das nicht gelingt, dort zu subventionieren, dann verpuffen die Subventionen, weil die Unternehmen in dem Moment, wo die Subventionen nicht mehr gezahlt werden, abwandern. Und das ist ein Problem. Ein anderes Problem ist der sogenannte Winner's Curse, also dass man einen Überbietungswettbewerb beobachten kann und gegebenenfalls bekommt der, der den Zuschlag kriegt und die höchsten Subventionen zahlt, dann sozusagen das Paket, hat aber einfach gar nicht so einen großen Nutzen im Vergleich zu seinen Kosten – und das ist schwierig, das zu tun. Darüber hinaus wissen wir aus einer neuen Studie, dass Subventionen mit der Gefahr einhergehen, Anreize zu verzerren und Innovationen letztlich plattzumachen und in Clustern dazu führen können, dass Beschäftigung und Wachstum in der Langfrist überhaupt nicht steigen, so wie man sich das eigentlich vorstellt. Insofern bin ich bei den



Subventionen insgesamt sehr kritisch und bewerte das schon. Nun ist die Frage, was man stattdessen machen kann, Ihre zweite Frage. Ich glaube, dass es uns gelingen sollte – ich bin ja gar nicht total kritisch im Hinblick auf Aktivitäten auf den IRA insgesamt, aber wir müssen die gut machen und wir müssen die passgenau machen –, Infrastruktur und Investitionsbedingungen in Deutschland insgesamt zu verbessern. Das ist, denke ich, eine wesentliche Maßnahme. Wir sollten darüber nachdenken, Forschung und Entwicklung gegebenenfalls besser zu fördern. Wir können da vielleicht im Anschluss auch noch einmal über Externalitäten sprechen, bei denen Subventionen daneben angezeigt sind, wo wir Subventionen eben da eigentlich einsetzen wollen, wo es positive Effekte in der Produktion gibt. Und hier über Forschung und Entwicklung nachzudenken, ist, glaube ich, ganz wichtig, auch über Infrastruktur nachzudenken, Infrastruktur zu verbessern, sodass Unternehmen einen Anreiz haben, lange bei uns zu bleiben, gerne bei uns zu bleiben und nicht bei uns zu sein, weil wir kurzfristig Subventionen einsetzen, die vielleicht gar nicht passgenau sind. Da müssen wir also sehr gut überlegen und sorgfältig prüfen und abwägen, wie wir das machen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Kollegin Dr. Detzer hat das Wort.

Abg. **Dr. Sandra Detzer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Prof. Mazzucato. In Deutschland hat eine aktive Industriepolitik keine große Tradition und meine Frage wäre, ob und wie wichtig aus Ihrer Sicht eine strategische, eine aktive Industriepolitik an dieser Stelle in dieser geopolitischen Zeit ist.

SVe **Prof. Mariana Mazzucato** (University College London, Great Britain) [Übersetzung aus dem Englischen]: Vielen Dank für die Einladung. Ich hoffe, Sie können mich hören. Falls nicht, sagen Sie mir Bescheid. Würden Sie bitte die Dolmetscher bitten, den doppelten Ton auszuschalten? Ich höre mein Echo. Wie Sie wissen, hatte Deutschland schon immer eine Industriestrategie. In manchen Fällen hat jeder eine Industriestrategie. Die Frage ist: Wird sie auch Industriestrategie genannt? Und trägt sie

auch wirklich dazu bei, das Wirtschaftswachstum zu steuern? Denn es ist ein wirklich großes Problem, dass das Wachstum nicht nur eine Zahl ist, sondern auch eine Richtung hat. Und wenn man es richtig macht, dann kann eine Industriestrategie die Wachstumsrichtung mitbestimmen, und zwar so, dass sie allen und nicht nur einem oder zwei favorisierten Sektoren hilft, sich wirklich zu transformieren und in eine bestimmte Richtung zu innovieren. Die Welt hat erkannt, dass der Klimawandel ein riesiges Problem ist. Daher brauchen wir eine grüne Strategie. Zudem gibt es in vielen Teilen der Welt zunehmende Ungleichheit, weshalb wir eine inklusive Strategie brauchen. Und das ist natürlich das sehr Interessante am Programm „Next Generation EU“ (NextGenEU), dass es, anstatt einfach nur Geld an die Mitgliedstaaten zu verteilen, tatsächlich Konditionalität geschaffen hat. Ich denke, NextGenEU ist eine Art Industriestrategie, die von den Mitgliedstaaten eine Strategie rund um die Themen Klima, Digitalisierung der Wirtschaft und so weiter verlangt. NextGenEU hat ein Volumen von etwa zwei Billionen Euro. Dies ist natürlich im Zusammenhang mit der Tatsache zu sehen, dass die Biden-Regierung seit Bidens Amtsantritt im Jahr 2021 mehr als zwei Billionen US-Dollar in die amerikanische Wirtschaft gepumpt hat, und zwar 1,2 Billionen im Rahmen des „Bipartisan Infrastructure Bill“, 280 Milliarden im Rahmen des „Chips and Science Act“ sowie 579 Milliarden im Rahmen des „Inflation Reduction Act“. China hat seit 2019 etwa 1,73 Prozent seines BIP für seine Industriestrategie ausgegeben, das entspricht etwa 407 Milliarden. Aber seit fünf Jahren investiert das Land bereits viel in die Ökologisierung seiner gesamten Fertigungsbasis. Die eigentliche Frage ist also, was meinen wir mit Industriestrategie? Wie können wir sicherstellen, dass dieses Geld, das in Europa, China und den USA in die Wirtschaft gepumpt wird, nicht nur dazu beiträgt, das Klima zu steuern? Es kommt auch auf die Details an. So ist zum Beispiel ein Förderprogramm, über das gerade gesprochen wurde, kein Problem, wenn es tatsächlich Additionalität schafft. Additionalität heißt, dass sichergestellt ist, dass im Unternehmenssektor Investitionen getätigt



werden, die es sonst nicht gegeben hätte. Wenn das Förderprogramm nur die Kosten senkt, besteht das Risiko, dass es nur den Gewinn in der Branche steigert, weil die Kosten sinken, ohne tatsächlich einen Anreiz zu neuen Investitionen zu bieten. Übrigens hat der Anteil der Gewinne am Welteinkommen weltweit einen der höchsten jemals erreichten Stände erreicht. Das Problem sind also nicht die Gewinne, sondern die Investitionen. Daher katalysiert eine intelligente Industriepolitik Unternehmensinvestitionen. Dazu können viele unterschiedliche Instrumente genutzt werden. Einer der Referenten hat vorhin etwas zum Thema Forschung und Entwicklung gesagt. Forschung und Entwicklung ist aber nur ein Faktor, der zu Innovationen führt. Wenn man sich das US-amerikanische Modell der Industriestrategie der Vergangenheit anschaut, gab es staatliche Investitionen in die Grundlagenforschung durch Einrichtungen wie die National Science Foundation. In der Mitte gibt es DARPA-ähnliche Institutionen, die die Verbindungen zwischen Wissenschaft und Industrie auf ganz andere Weise fördern als Ihre Fraunhofer-Institute. Hierbei handelt es sich um eine Regierungsbehörde, die problemorientiert vorgeht und dann beispielsweise die Beschaffungspolitik nutzt, um die Innovationstätigkeit in allen Industriebereichen anzuregen.

Der **Vorsitzende**: Ich muss jetzt unhöflich sein und Sie leider unterbrechen, weil wir diese Spielregeln haben. Ich hoffe, es wird gerade aus britischer Sicht nicht als unhöflich empfunden. Wir haben alle die gleichen Regeln. Insgesamt drei Minuten. Sie hatten jetzt, weil Sie so sympathisch vorgetragen haben, noch eine Minute länger. Ich würde jetzt beim zweiten Mal sagen, das gibt es nicht mehr. Aber vielen Dank für Ihre Ausführungen. Und das Wort hat jetzt Reinhard Houben für die FDP, bitte.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, danke, dass Sie zur Verfügung stehen. Ich möchte meine Frage richten an Prof. Kooths. Wie bewerten Sie den Umfang des Inflation Reduction Acts im Vergleich zu dem ohnehin bestehenden EU-Zuschussprogramm? Wer reagiert hier eigentlich auf wen? Und wie

bewerten Sie in diesem Kontext die sogenannte Matching Clause, wonach EU-Staaten im neuen Beihilferahmen Subventionen von Drittstaaten „matchen“ können, also Subventionen in gleicher Höhe anbieten können?

SV **Prof. Dr. Stefan Kooths** (IfW Kiel): Ja, vielen Dank. Die Frage gibt schon die erste Antwort, denn es ist überhaupt nicht klar, wer hier auf wen reagiert. Wenn wir mal vom Umfang her den Inflation Reduction Act vergleichen etwa mit den industriepolitischen Aspekten beim Next Generation EU-Programm, dann stellen wir fest, dass das bezogen auf die jeweilige Wirtschaftsleistung und auf die Fristigkeit dieser Programme sich nicht so viel nimmt. Generell kann man deshalb eben auch sagen: Wir sind nicht gut beraten, unsere Wirtschaftspolitik immer darauf reagieren zu lassen, was irgendwo in der übrigen Welt geschieht. Das würde ja bedeuten, dass immer dann, wenn andere Wirtschaftsräume Maßnahmen beschließen, die aus unserer Sicht marktwidrig sind oder zumindest nicht mit unserem Verständnis marktwirtschaftlicher Politik vereinbar sind, dass wir dann immer kompensierend ähnliche Maßnahmen beschließen, die das wieder glattbügeln sollen. Wenn man so vorgeht und so repliziert, dann wird man feststellen, dass nicht die übrige Welt dadurch marktwirtschaftlicher wird, sondern wir werden immer interventionistischer. Und deshalb ist eben diese Matching Clause hochproblematisch. Das ist gerade eine Einladung dahingehend, dass man sich auf so einen Subventionswettkampf einlässt. Man würde den Unternehmen dann einen starken Anreiz geben, anderswo in der Welt auf die Suche zu gehen, wo es entsprechende Beihilfen gibt, um dann wiederum in Europa vorstellig zu werden und zu sagen: „Die will ich hier auch sehen.“ Wir haben leider negative Beispiele in jüngster Zeit dazu erlebt. Denken Sie etwa an Intel, die genau diese Strategie verfolgen. Die sagen: „Wenn wir in anderen Wirtschaftsräumen investieren, dann bekommen wir Zuschüsse von 20 bis 30 Prozent der Investitionssumme, und die wollen wir jetzt hier auch in der Europäischen Union sehen.“ Dann werden die Länder der EU innerhalb gegeneinander ausgespielt, transatlantisch werden sie gegeneinander ausgespielt, und am Ende des



Tages fließen dann die staatlichen Mittel nicht dorthin, wo sie den größten standortstärkenden Effekt haben, sondern dort, wo die jeweiligen Unternehmen das größte Erpressungspotenzial aufbauen können. Und deshalb ist von dieser Matching Clause abzuraten.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Vorbildliches Zeitmanagement. Leif-Erik Holm, bitte.

Abg. **Leif-Erik Holm** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank an die Damen und Herren Sachverständigen, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Meine Frage geht an Prof. Dr. van Suntum, auch zum Inflation Reduction Act und die Frage, wie Europa darauf reagieren sollte. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, die EU sollte sich nicht dazu verleiten lassen, in einen Subventions- und Protektionswettbewerb einzusteigen. Wie sieht denn aus Ihrer Sicht ein besserer Ansatz aus? Und wenn Sie noch ein bisschen Zeit haben, würde mich interessieren, warum Sie die Aussage des Kanzlers, dass die hiesigen Klimamaßnahmen zu einem neuen Wirtschaftswunder führten, für eine Irreführung der Öffentlichkeit halten oder mindestens doch für Wunschdenken. Vielen Dank.

SV **Prof. em. Dr. Ulrich van Suntum** (Universität Münster): Ja, ich kann dem Kollegen Potrafke und Herrn Kooths nur zustimmen. Die EU sollte nicht in einen Wettbewerb des Protektionismus und der Subventionen eintreten. Die Stärke der EU liegt ja gerade darin, dass wir 27 verschiedene Mitgliedsländer haben. Und hier sollten wir unsere Stärke ausspielen, indem wir einen Wettbewerb der Ideen und der Konzepte zulassen und kein zentralistisches Konzept verfolgen, in dem alle das Gleiche machen müssen. Und Technologieoffenheit sollte ein zentraler Punkt der EU-Politik sein, in jeder Hinsicht, auch was den Klimaschutz betrifft, denn nur dadurch haben wir die Möglichkeit, entsprechende Innovationen überhaupt zuzulassen und zu ermöglichen, die wir sonst nicht hätten und die dem Klima dienen könnten. Wir haben auch ein hervorragendes Instrument, nämlich den EU-Emissionshandel, der soll ja 2027 auch auf die Bereiche Gebäude und Verkehr ausgedehnt werden, das halte ich für richtig. Das bedeutet bereits, dass jeder, der

CO₂ emittiert, automatisch einen entsprechenden Preis dafür bezahlt, und dafür brauchen wir dann keine Subventionen mehr, um entsprechende Technologien anzureizen. Wir haben hier bereits das Instrument, ein sehr viel marktwirtschaftlicheres und effizienteres Instrument als jede Art von Subvention und erst recht als Gebote und Verbote, die im Grunde genommen alle dafür entfallen könnten. Man muss aber auch eines sagen: Klimaschutz kostet Ressourcen. Also, wenn hier der Eindruck erweckt wird, dieses EU-Programm würde auch noch den Wohlstand erhöhen, den materiellen Wohlstand, dann ist das irreführend. Natürlich ist Klimaschutz wichtig, aber Klimaschutz ist nicht umsonst zu haben, und das muss man den Leuten auch offen sagen und sie merken es ja inzwischen auch. Das kostet Ressourcen, was ich für den Klimaschutz einsetze, kann ich nicht mehr für andere Dinge einsetzen. Und darum muss man einfach davon ausgehen, wir haben hier hohe Kosten des Klimaschutzes. Wir sollten versuchen, die zu minimieren, indem wir eben auf die effizientesten Instrumente setzen. Das ist der Emissionshandel in der Europäischen Union. Und diesen Subventionswettbewerb und den Interventionismus, den der Geist des Papiers der EU atmet, den sollte meines Erachtens Deutschland nicht mittragen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, Herr Prof. van Suntum. Ich verstehe, wenn man die Sachverständigen hier hat, dass man die auch noch was anderes fragen möchte. Ich würde aber empfehlen, dass wir bei dem Thema bleiben, das sozusagen Gegenstand der Anhörung ist. Was der Sachverständige als Antwort daraus macht, ist ihm selbst überlassen. Ich wollte es nur mal sagen, ohne das jetzt zu verkomplizieren. Markus Töns von der SPD kann jetzt die nächste Frage stellen.

Abg. **Markus Töns** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank auch für die bisherigen Antworten. Meine Frage richtet sich an Prof. Krebs. Jetzt hören wir ja immer wieder: Das ist richtig viel Geld, was die Amerikaner dort in den Inflation Reduction Act hineinstecken, da müssen wir uns sofort auf den Weg machen. Andere sagen, über die Zeit gesehen ist es gar nicht so stark. Wiederum hat



man diese Woche gehört, da kommt dann vielleicht noch einiges drauf durch die Steuererleichterungen, die man noch gar nicht berechnen kann in diesem Fall. Wie schätzen Sie das ein, wie sollte die Europäische Union darauf reagieren? Und die Frage ist, was ist überhaupt möglich im Rahmen des Beihilferechts? Und ich bitte um eine Einschätzung dazu, ob diese Probleme im Rahmen des TTC auch lösbar sind. Danke.

SV Prof. Dr. Tom Krebs (Universität Mannheim): Vielen Dank für die Einladung und für die Frage. Ich möchte mit einer Einordnung des Inflation Reduction Acts beginnen und dann komme ich zur Reaktion. Ich denke, der Inflation Reduction Act sollte als eine Neujustierung der amerikanischen Klima- und Wirtschaftspolitik verstanden werden. Es ist so eine große Sache, die Auswirkungen hat und noch weltweit wesentlich größere Auswirkungen haben wird. Um diese Neujustierung und Änderung der Politik zu verstehen, ist ein Vergleich mit der EU-Klimapolitik hilfreich. Die EU-Klimapolitik traditionell und das Beihilferecht stellen den CO₂-Preis in den Mittelpunkt. Und damit rückt die EU eigentlich die Bestrafung von Unternehmen und Menschen in den Mittelpunkt der Klimapolitik. Der Inflation Reduction Act bricht nun mit dieser Logik, indem er die Unterstützung von Menschen und Unternehmen in den Mittelpunkt der Klimapolitik rückt und dies mit einer „Gute-Arbeit-Politik“ verbindet. Ich halte im Prinzip diesen Ansatz für richtig, weil es eine positive Message bringt, aber ich halte ihn auch ökonomisch für richtig, denn sobald ich Pfadabhängigkeiten, Unsicherheit, Anpassungskosten und Marktmacht mitberücksichtige, die alle ja in der Realität vorkommen, sobald ich also etwas weggehe von dieser einfachen Lehrbuchtheorie, sind solche industriepolitischen Maßnahmen auch sinnvoll. Nun ist natürlich nicht jede Subvention eine gute Subvention, jetzt komme ich auf die Reaktion in Europa und Deutschland. Ich denke, man sollte eine Mischung, wie es ja auch jetzt angedacht ist von der Europäischen Kommission und auch in Deutschland diskutiert wird, aus vertikaler Industriepolitik, die spezielle Technologien fördert, die wichtig

sind für die Transformation, wie den erneuerbaren Wasserstoff et cetera, was wir ja auch schon tun, ermöglichen, und hier hat die Europäische Kommission mit dem Net Zero Industry Act erste Vorschläge gemacht. Und ganz wichtig ist für mich, jetzt bin ich am Ende, dass Deutschland aus der Defensive herauskommt und konstruktiv diesen Prozess begleitet. Und in Bezug auf die horizontale Industriepolitik würde ich sagen, sollten wir uns über die Superabschreibung unterhalten, denn das ist am Ende auch eine Art von Industriepolitik. Aber es ist am Ende auch eine Mittelstandspolitik, denn im Prinzip kann ich sie so ausgestalten, dass es eine einfache Förderpolitik ist.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Professor Krebs. Für die CDU/CSU hat jetzt Ralph Brinkhaus das Wort.

Abg. Ralph Brinkhaus (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Eine Frage an Frau Köhler-Geib: Wir haben ja in Deutschland durchaus ein großes Portfolio an Förderinstrumenten. Dazu gehören natürlich auch die Förderbanken. Und vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen, wie wir mit dem europäischen und dem deutschen Finanzmarkt, mit unseren Förderbanken, unserem System, eine Antwort auf den Inflation Reduction Act geben könnten?

SVe Dr. Fritz Köhler-Geib (KfW): Vielen Dank für die Einladung. Vielleicht ganz interessant, wir haben ja so eine Befragung gemacht zu Klimaschutzinvestitionen im Unternehmenssektor und dabei haben wir festgestellt, dass die Unternehmen mit Blick auf Klimaschutzinvestitionen als allergrößten Wunsch eine Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren haben. Dies mit Blick auf die Rahmenbedingungen. Ein zweiter Punkt, der sehr hoch „gerankt“ wird oder der häufig von den Unternehmen genannt wird, ist letztlich „mehr Fördermittel“, das kann man vielleicht auch erwarten. Mit Blick auf die Unterstützung, die wir in Deutschland haben, nimmt die KfW schon eine relevante Rolle ein, eben auch mit den Unterstützungsprogrammen für Gründungen, für Innovationen. Und hier ist das ein Instrument mit unterstützten Krediten, also wo gesellschaftliche Ziele durch eine



Zinsvergünstigung unterstützt werden. Und das ist seit 70 Jahren ein sehr erfolgreiches Instrument für die Unterstützung von Unternehmen. Insgesamt sehen wir über die Zeit, dass Unternehmensinvestitionen in Deutschland abgenommen haben. Wir haben einen Hochpunkt gehabt nach der Wiedervereinigung 1991, 15,6 Prozent Unternehmensinvestitionen, und sind jetzt mittlerweile bei rund 12 Prozent, das ist etwas wieder nach oben gegangen, im letzten Jahr lag es bei 12,4 Prozent. Und das ist eine Entwicklung, die man mit vielen Instrumenten angehen muss. Einen Teil bilden die Rahmenbedingungen insgesamt, aber auch gezielte Unterstützungsmaßnahmen sind wichtig, sodass Unternehmen in Bereichen, die gewünscht sind, hier am Standort investieren können und eben auch ein angemessenes Risiko-Rendite-Profil dieser Investitionen antreffen können.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, das war auch gut in der Zeit. Lena Werner kann jetzt für die SPD weitere Fragen stellen.

Abg. **Lena Werner** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine Frage richtet sich auch an Prof. Dr. Krebs. Wir haben mit den IPCEIs schon Instrumente auf den Weg gebracht und meine Frage ist, ob sich diese Maßnahmen nicht auch mit dem IRA überschneiden, also, ob wir mit den Maßnahmen nicht sowieso schon auf dem Weg sind, da mithalten zu können mit den Förderstrukturen, die jetzt in den USA aufgebaut werden.

SV **Prof. Dr. Tom Krebs** (Universität Mannheim): Danke für die Frage, Sie haben es angesprochen. Es gibt schon Initiativen auf der europäischen Ebene, die werden jetzt auch hier national diskutiert. Das sind gewisse Projekte of Common European Interest, die wichtig sind. Das war, was ich vertikale Industriepolitik genannt habe, dass wir als Regierung und auch in der Europäischen Union überlegen, ob es gewisse Technologien, Bereiche, sehr grob definiert, wie grüner Wasserstoff, Windkraftanlagen, Batterien, Solarpanels, ob es solche Bereiche gibt, wo Europa auch produzieren und kompetitiv sein möchte im internationalen Wettbewerb oder ob wir diese Produktion und die Investitionen ins Ausland

abziehen lassen wollen. Das ist diese Art von Industriepolitik, die man gut oder schlecht machen kann. Aber man kann sie wenigstens jetzt diskutieren. Und das ist wichtig, denn eine Art von Subventionspolitik hatten wir immer, und ich plädiere nur für eine rationale Diskussion und ökonomische Diskussion dieser Art von Politik. Ich habe die Gründe für Marktversagen in diesen Bereichen und für eine solche Politik schon genannt – Pfadabhängigkeiten, Agglomerationseffekte, diese positiven Externalitäten, die sich entwickeln können. Das alles kann man sehr gut ökonomisch begründen. Das heißt wiederum nicht, dass man es nicht auch verkehrtmachen kann. Das ist eine wichtige Dimension der vertikalen Industriepolitik. Ich möchte aber nochmals darauf hinweisen, dass es auch eine horizontale Industriepolitik gibt, die ganz wichtig ist, die aber von der Europäischen Kommission jetzt nicht sehr hervorgehoben wurde in ihren neuen Vorschlägen. Und diese Art von horizontaler Industriepolitik versucht sehr allgemein und breit zu fördern, und zwar Investitionen in klimafreundliche Technologien. Und die Superabschreibungen, die wir gerade diskutieren, sind so ein Beispiel. Und auch das ist nicht einfach, aber wenn man es gut umsetzt, kann es eine sehr breite Förderung sein, die dann, wenn sie einfach ist, auch mittelstandsfreundlich sein kann. Hier muss Deutschland oder muss die Bundesregierung in diesem Jahr hoffentlich zügig einen vernünftigen Vorschlag machen und muss es dann abstimmen mit den europäischen Beihilferegeln, und da wäre für mich die sauberste Lösung eine allgemeine Gruppenfreistellung, die wird wahrscheinlich dann nicht erreicht werden. Ansonsten kann man aufgreifen, was von der Europäischen Kommission als Ausweitung der Ausnahmeregeln vorgeschlagen wurde, in der neuen Version des Temporary Crisis and Transition Frameworks.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dr. Klaus Wiener für die CDU/CSU.

Abg. **Dr. Klaus Wiener** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage geht an Frau Köhler-Geib. Frau Köhler-Geib, Sie haben im Januar eine Studie veröffentlicht, in der Sie



gesagt haben, dass die Ära des gesicherten Wachstums vorbei sei. Jetzt wäre meine Frage: Glauben Sie, dass der Inflation Reduction Act oder der Green Deal hieran etwas ändern? Und, weil wir auch über Investitionen gesprochen haben, würde ich gerne die berühmte Kollegin von Ihnen zitieren, Frau Gopinath vom IWF, die gesagt hat: Investition allein in grüne Technik wird nicht reichen, um dynamisches Wachstum zu entfalten. Also meine Frage ist: Sind wir als Volkswirtschaft noch breit genug aufgestellt? Oder ist diese extreme Fokussierung auf ein Thema am Ende nicht vielleicht sogar etwas, das uns perspektivisch auch Wachstum kostet und auch Finanzierungsmöglichkeiten für das, was wir eigentlich wollen? Vielen Dank.

SVe **Dr. Fritzi Köhler-Geib** (KfW): Vielen Dank. Insgesamt mit Blick auf Wettbewerbsfähigkeit, da kann ja schon in der öffentlichen Diskussion der Eindruck entstehen, dass Deutschland in einer sehr schwierigen Situation ist, es werden vielfach die Herausforderungen hier betont und die Stärken anderer Wirtschaftsräume. Es ist allerdings tatsächlich so: Wenn man sich die Datenlage anguckt, ergibt sich ein gemischtes Bild. Sie haben jetzt gerade die Studie aus dem Januar erwähnt. Da haben wir uns angeguckt die Entwicklungen der Fachkräfte in Deutschland und das ist ja ein Thema, das wir schon seit langer Zeit als eine Verletzlichkeit sehen, die sich aufgebaut hat, die in den nächsten Jahren schlagend wird. Mit Blick auf die Qualifikation von Fachkräften ist Deutschland nach wie vor sehr gut aufgestellt. Und wenn wir jetzt über die Wettbewerbsfähigkeit nachdenken, eben dieses Bild von vielen Faktoren, die auch die Standortattraktivität beeinflussen, dann sind sicher Fachkräfte ganz zentral, und da muss man sagen, dass wir auch mit Blick auf Produktivität mit der Mobilisierung von all denjenigen, die schon hier sind, und einer gezielten Zuwanderung in den Arbeitsmarkt strategisch dieses Thema Human-Ressourcen für die Wirtschaftstätigkeit in den Fokus nehmen muss. Ein zweiter Punkt ist dann auch die Ressourcensicherheit. Denn wir wissen, für die Transformation zur Klimaneutralität brauchen wir Technologien. Kritische Rohstoffe werden dabei eine deutlich höhere Nachfrage haben. Auch hier braucht es einen viel strategischeren Angang. Und dann als dritten Bereich, wenn ich

über eine Produktionsfunktion nachdenke, komme ich schon auch wieder zu den Investitionen. Und da spielt natürlich der Inflation Reduction Act eine große Rolle. Angemessenes Risiko-Rendite-Profil: Risiko kann man ansetzen mit Planbarkeit des CO₂-Preises, Carbon Contracts for Difference kombiniert mit Grenzausgleichsmechanismen. Risikotragendes Kapital: Ein Thema, in das wir in Europa sicher deutlich größere Aufmerksamkeit setzen müssen, vor allen Dingen eben auch in der Wachstumsphase von Unternehmen, weil die dann nämlich abwandern. Und wenn wir dann in Richtung Rendite gucken, dann sind Wirtschaftlichkeitsorgen das Hemmnis Nummer eins für Klimaschutzinvestitionen. Also hier könnte man nachdenken über gezielte Abschreibungen in Grüne Investitionen in Bereichen, in denen Deutschland eine Stärke hat, die aber auch ein großes Wachstumspotential haben. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke schön. Sie haben mich leider nicht angeguckt, sonst, ich hatte schon gewunken, aber... Jeder darf einmal kurz überziehen, alle, die einmal überzogen haben ... Ich meine ich verstehe das ja, dass Sie mich nicht angeguckt haben, das ist alles völlig in Ordnung. Nur, mit der Zeit müssen wir doch ein bisschen aufpassen. Jetzt kommt der Kollege Banaszak für die Grünen.

Abg. **Felix Banaszak** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine Frage richtet sich an Frau Prof. Mazzucato mit der Bitte, dass Sie vielleicht einmal darstellen, was aus Ihrer Sicht die Rolle des Staates ist oder sein kann darin, Grüne Märkte zu schaffen und zu gestalten.

SVe **Prof. Mariana Mazzucato** (University College London, Great Britain) [Übersetzung aus dem Englischen]: Eine sehr interessante Erkenntnis aus dem Erfolg des Green-Steel-Projekts in Deutschland ist, dass es sich hierbei um eine Form der direkten Subventionierung handelte, bei der nicht einfach Kredite an den Stahlsektor vergeben wurden, wie dies weltweit von der Stahlindustrie gefordert wird. Vielmehr waren diese Kredite an bestimmte Bedingungen geknüpft. Um sich für die Niedrigzinskredite der KfW zu qualifizieren, mussten die



Stahlhersteller Zero- oder Low-Carbon-Prozesse einhalten und dieses auch nachweisen. Dabei mussten sie sich diesem dreistufigen Überprüfungsverfahren unterziehen. Genau das war der Grund, dass Deutschland einen neuen Markt für CO₂-effizienten Stahl schaffen konnte. Daraus können wir meiner Meinung nach sehr viel lernen, nämlich dass man all diese unterschiedlichen Programme, über die wir reden, nicht nur einfach als Subventionen betrachten sollte. Man sollte darin Möglichkeiten sehen, eine Wirtschaft wirklich zu formen. Das ist deshalb wichtig, weil wir zumindest in den Wirtschaftswissenschaften etwas in der Vorstellung verhaftet sind, dass die Rolle der Politik nur darin besteht, Marktversagen zu beheben. Und je stärker wir unsere Aufmerksamkeit auf die Details dieser Programme lenken können, desto mehr können wir dazu beitragen, nicht nur Marktversagen zu beheben, sondern Märkte zu gestalten. Und das ist übrigens genau das, was der „CHIPS Act“ in den USA versucht. Es geht nicht um nationale Sicherheit, um Chip-Produktion. Vielmehr wurden Konditionalitäten in den CHIPS Act aufgenommen, die darauf abzielen, die Aus- und Weiterbildung zu fördern oder Aktienrückkäufe zu verhindern, was im angelsächsisch geprägten Kapitalismus ein großes Problem darstellt, da die Gewinne nicht in die Realwirtschaft reinvestiert werden. Das heißt, Empfänger dieser staatlichen Fördermittel dürfen die CHIPS-Gelder nicht für Dividendenzahlungen oder Aktienrückkäufe nutzen. Es gibt immer strengere Kriterien hinsichtlich der Umweltauswirkungen. Es werden also Antragsteller bevorzugt, die Pläne vorlegen, mit denen sie eine effizientere Nutzung von Wasser und Energie erreichen wollen. Und interessanterweise gibt es unterschiedliche Klauseln zum Thema Gewinnbeteiligung. So müssen die Empfänger von mehr als 150 Millionen US-Dollar an Fördermitteln einen Teil des Cashflows, der die Prognosen um einen vereinbarten Schwellenwert übersteigt, mit dem Staat teilen. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie wir Märkte gestalten können, indem wir Themen wie Grüne Industrie, inklusives Wachstum, Arbeitsbedingungen, Finanzausstattung und Gewinnbeteiligung einbeziehen. Meiner

Überzeugung nach ist dies die Zukunft der Industriestrategie. Es geht nicht um vertikal oder horizontal. Wir brauchen beides. Die Vertikale sollte, wie ich bereits sagte, möglichst viele sektorübergreifende Investitionen anregen. Aber die Frage, wie sich Konditionalität tatsächlich integrieren lässt, ist meines Erachtens ein Problem der Ausgestaltung – das kann man vom Green-Steel-Projekt in Deutschland und auch vom CHIPS Act lernen. Vielen Dank!

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für Ihre Ausführungen und auch dafür, dass Sie in der Zeit geblieben sind. Und jetzt Christian Leye für die Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Christian Leye** (DIE LINKE.): Danke nochmals an die Damen und Herren Sachverständige! Meine Frage richtet sich auch an Frau Prof. Mazzucato und schließt ganz gut an das an, was Sie gerade gesagt haben. Die hohen Investitionen, die notwendig sind, um die Industrie zu erhalten und zu transformieren, können häufig nicht von den Unternehmen allein getragen werden. Die öffentliche Hand, die Gesellschaft, der Staat müssen hier einspringen. In diesem Zusammenhang: Was sollte Ihrer Meinung nach mit den späteren Gewinnen passieren, die aus solchen Investitionen hervorgehen? Sie haben gerade schon über Konditionierung gesprochen. Welche Konditionierungen, können Sie das nochmal ausführen, sollten an Unternehmensförderungen geknüpft werden? Und wie bewerten Sie Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie in diesem Zusammenhang? Danke.

SVe **Prof. Mariana Mazzucato** (University College London, Great Britain) [Übersetzung aus dem Englischen]: Das ist eine interessante Frage, vielen Dank. Es gibt ein interessantes Beispiel, das ich häufig bei dieser Frage heranziehe, und das ist das, was in den USA mit Tesla passiert ist. Die Tesla-Investition nach der Finanzkrise war Teil der Subventionen der US-Regierung für grüne Unternehmen und Solar- und Elektroautos, um das Wirtschaftswachstum in eine ökologische Richtung zu lenken. Zum Portfolio gehörten Investitionen in Unternehmen wie das Solarunternehmen Solyndra und Tesla. Beide



Unternehmen erhielten mehr oder weniger dieselbe Summe. Aber was dabei letztlich herauskam, ist ein Problem, das wir weltweit feststellen können: Wir haben die Risiken vergesellschaftet, aber die Gewinne privatisiert. Dies war Teil eines vom Energieministerium garantierten Darlehensprogramms. Warum das problematisch war, lag daran, dass es als Portfolio angelegt war, was gut ist. Man will nicht alles auf eine Karte setzen. Aber auch hier wurde bei der Ausgestaltung – ich komme immer wieder auf die Frage der richtigen Ausgestaltung der Programme zurück – nicht berücksichtigt, dass man nicht nur die Nachteile aus Sicht des Staates gegenüber den Unternehmen abdecken, sondern auch an den Gewinnen teilhaben möchte. Also sagte man Tesla, wenn sie das Darlehen nicht zurückzahlten, ein garantiertes Darlehen des Staates in Höhe von 465 Millionen, dann wolle der Staat 3 Millionen Tesla-Aktien, was keinen Sinn machte. Warum sollte man Aktien von einem Unternehmen haben wollen, von dem man weiß, dass es sein Darlehen nicht zurückzahlt? Das ist wahrscheinlich kein erfolgreiches Unternehmen. Hätten sie Aktien gezeichnet, wäre der Preis pro Tesla-Aktie von 9 auf 90 gestiegen, wenn das Unternehmen das Darlehen zurückgezahlt hätte, was es tat. Diese Differenz, multipliziert mit der Anzahl Aktien, die die Regierung wollte, wenn das Unternehmen das Darlehen in Höhe von 3 Millionen nicht zurückgezahlt hätte, hätte das Scheitern der Solyndra-Investition in Höhe von 500 Millionen und die nächste Investitionsrunde, die notwendig gewesen wäre, mehr als wettgemacht. Das bedeutet, dass man sich eine Art staatliches Risikokapitaldenken aneignen muss, um zu versuchen, das Wachstum der Wirtschaft sektorübergreifend zu stimulieren, das heißt einen grünen Übergang durch die Förderung von Investitionen zu unterstützen. Dabei muss man aber auch sorgfältig darauf achten, diese Gewinne so zu verteilen, dass der Staat nicht nur subventioniert und die Nachteile auffängt. Die andere Möglichkeit ist natürlich, dies in allen möglichen Sektoren zu tun, beispielsweise im Gesundheitssektor. Wenn es dort staatliche Subventionen gibt, muss sich dies natürlich in den Arzneimittelpreisen niederschlagen. Das ist

aber nicht immer so. Oftmals sorgen Regierungen nicht dafür, dass die Preise für Medikamente gedeckelt werden. Für diejenigen, die so große öffentliche Investitionen erhalten, gibt es verschiedene Möglichkeiten, sich an den Erträgen zu beteiligen und sicherzustellen, dass die Vorteile einer staatlichen Investition wirklich so weit wie möglich reichen, zum Beispiel im Hinblick auf die Spillover-Effekte in der Wirtschaft. Daher sollten die Rechte an geistigem Eigentum eher schwach und eng gefasst und nicht so weitreichend sein, wie sie es häufig sind.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, weil die Frage so gut war, musste die minimal länger beantwortet werden. Und jetzt darf Reinhard Houben eine ähnlich gute Frage stellen, wenn er möchte.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Ich möchte wieder Herrn Prof. Dr. Kooths ansprechen, und zwar zum Thema Industriestrompreis. Es gibt einen Vorschlag des BMWK zu einem Industriestrompreis von sechs Cent. Danach sollen energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, 80 Prozent ihrer Referenzstrommenge subventioniert bekommen. Ungeachtet der Finanzierungs- und Beihilfefragen möchte ich Sie bitten, zu bewerten, wie Sie ein solches Instrument hinsichtlich der mittel- und langfristigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sehen und welche Auswirkungen aus Ihrer Sicht zu befürchten sind. Danke.

SV **Prof. Dr. Stefan Kooths** (IfW Kiel): Ich sehe das sehr kritisch, denn grundsätzlich muss jeder Wirtschaftszweig alle Kosten, die er verursacht, auch am Markt über entsprechende Absatzpreise erwirtschaften können. Wenn wir hierzulande den Eindruck haben, die Strompreise seien zu hoch, dann müsste man an der Energiepolitik ansetzen, aber nicht eine Energiepolitik machen, die tendenziell zu höheren Strompreisen führt, und dann dem eine Industriepolitik gegenüberstellen, die gleichzeitig energieintensive Industrien wiederum halten oder sogar neue, etwa Batteriezellenproduktion, anziehen will. Das ist in sich nicht schlüssig. Sie können die Wettbewerbsfähigkeit eines Wirtschaftsraums nicht durch ein Subventionskorsett stützen. Sie



quetschen damit den unliebsamen Speck nur weg, das ist hier der Kostennachteil. Dadurch wird dann aber an anderen Stellen ein Problem erzeugt. Die Subventionen, die wir hierfür brauchen, und das gilt generell für alle industriepolitischen Eingriffe, die mit fiskalischen Ausgaben verbunden sind, fallen ja nicht vom Himmel, sondern Sie erzeugen an anderer Stelle einen Verdrängungseffekt. Entweder dadurch, dass Sie höhere Abgaben brauchen, dann haben Sie eben dort einen Standortnachteil geschaffen, oder indem Sie andere Ausgaben, die sonst standortstärkend wirken könnten – Forschungs- und Entwicklungsausgaben sind schon genannt worden, Infrastruktur und dergleichen – entsprechend kürzen müssen. Wir haben in Deutschland, glaube ich, ein Problem damit, dass wir nicht das Bündel der Standortfaktoren im Blick behalten, sondern uns immer sehr stark auf jeweils einen Standortfaktor konzentrieren, dort dann mit irgendeiner wirtschaftspolitischen Intervention antworten, dabei aber übersehen, dass wir dann an anderer Stelle wieder neue Probleme aufreißen. Das heißt hier eben ganz konkret: Es wird Industriestrom subventioniert, und an anderer Stelle steigt die Abgabenquote. Und dann haben wir das Problem, dass wir ohnehin schon im internationalen Vergleich relativ hohe Belastungen haben, sowohl des Faktors Arbeit, aber auch bei der Unternehmensbesteuerung, und dadurch wird insgesamt der Standort nicht attraktiver.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Sebastian Roloff darf jetzt eine Frage stellen.

Abg. **Sebastian Roloff** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, guten Morgen zusammen. Herr Prof. Krebs, wenn wir es nochmals auf den Punkt bringen, und vergleichen die Maßnahmen des IRA auf der einen Seite mit der vermeintlichen Antwort – so ist es ja gelabelt – Europas, sehen Sie da unterschiedliche Ansätze? Und sehen Sie auch noch Nachbesserungsbedarf, gegebenenfalls, was die europäische Seite betrifft?

SV **Prof. Dr. Tom Krebs** (Universität Mannheim): Danke für die Frage. Auf der europäischen Ebene ist dies zurzeit noch eine Diskussion, die auch in Deutschland jetzt

geführt wird, wie Deutschland reagieren sollte auf die Vorschläge der Europäischen Kommission. Deswegen würde ich mich vielleicht sogar eher auf die nationale Debatte etwas beschränken, im europäischen Kontext, der hier ja sehr wichtig ist. Hier halte ich es für sehr wichtig, dass wir diese Reaktion auf den Inflation Reduction Act nicht passiv sehen, sondern aktiv, dass wir also auch mitberücksichtigen, dass das ökonomisch, wirtschaftspolitisch, klimapolitisch im Prinzip der richtige Ansatz ist. Er hat natürlich auch Schwächen, Local Content zum Beispiel ist sicherlich etwas, das ich nicht begrüße und was wir nicht brauchen, das wird aber auch nicht diskutiert. Aber es muss eine positive aktive Antwort geben, die aus Deutschland heraus kommen muss. Denn Deutschland ist wichtig auf der europäischen Ebene. Das bedeutet zum Beispiel auch, dass eine gute Industrie- und Standortpolitik in Europa bedeuten muss, dass alle Mitgliedstaaten die finanziellen Möglichkeiten haben, solch eine Politik zu implementieren. Und da sind wir bei der Finanzierungsfrage, wo wirklich auch von der deutschen Seite konstruktive Vorschläge gemacht werden müssen. Ebenso mit dem Industriestrompreis, der gerade erwähnt wurde. Der Industriestrompreis ist natürlich nur eine Komponente einer Standortpolitik. Infrastrukturpolitik ist wichtig, ja, Arbeitskräfte, gut ausgebildete Arbeitskräfte sind wichtig, auch, aber als Teil einer positiven Industriepolitik muss es auch wettbewerbsfähige Strompreise geben. Und es spricht ja niemand von dauerhaften Subventionen. Die Idee wäre, und ich denke auch, das ist möglich, dass die Bundesregierung die aktuelle und zukünftige, eine vernünftige Energiepolitik implementiert, die dauerhaft, und das kann man auch so berechnen, die Strompreise senken werden für Erneuerbare Energien in den nächsten Jahren. Zurzeit haben wir aber temporär sehr hohe Strompreise, die Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit wirklich behindern. Es ist so: Eine gute Industriepolitik hat fünf Säulen, wie in der Schule, und ich darf nicht zu schlecht sein in einer Dimension und ich muss hoffentlich gut sein in anderen Dimensionen. Zurzeit ist es vielleicht selbst mit der Infrastruktur nicht mehr so gut, ich will jetzt



nicht die Noten vergeben für jede der Dimensionen der Industriepolitik und dafür hätte ich auch keine Zeit mehr. Aber sicherlich, ein Industriestrompreis, der in der Transformation diese Krisenphase, die wir immer noch haben, überbrückt, wäre sehr vernünftig.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Prof. Krebs. Für die CDU/CSU-Fraktion nochmals Ralph Brinkhaus.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Vielen Dank. Kurze Frage deswegen an zwei Sachverständige, nämlich an Herrn Krämer und Herrn Potrafke, und zwar: Kann der Net Zero Industry Act der Europäischen Union eine Antwort sein auf den Inflation Reduction Act, weil dort auch die Wettbewerbsfähigkeit, zwar fokussiert auf Green Technologies, gefördert wird?

Der **Vorsitzende**: Sie müssen sich jetzt die Zeit teilen. Je länger Sie überlegen, wer anfängt, umso weniger Redezeit haben Sie. Herr Krämer beginnt. Bitte schön.

SV **Matthias Krämer** (BDI): Vielen Dank, ich versuche, die Zeit gerecht einzuhalten. Also grundsätzlich glauben wir, dass dieser Ansatz der Europäischen Kommission, also mit der Vorlage des Green Deal Industrie-Plans und mit dem NZIA, sagen wir mal, eine gute Flankierung ist der bislang klima- und umweltpolitisch fokussierten Green Deal-Ambitionen der EU. Dabei gilt es sicherlich, auch klare Rahmenbedingungen in einem konsistenten, aber auch gut synchronisierten und wettbewerblich ausgerichteten Ordnungsrahmen zu schaffen. Und in dem Moment, wo wir diese zehn Sektoren über kürzere Fristen und bessere Genehmigungsverfahren schneller auf die Straße bringen, ist es grundsätzlich gut. Wir müssen aber aufpassen, dass wir genau diesen Ansatz auch in den anderen Bereichen bekommen, beispielsweise bei Industrieanlagen oder auch in den Verkehrsträgern. Also wir müssen gucken, dass dieser Act keine zwei Geschwindigkeiten schafft in dem richtigen Bemühen, die Ambitionen hier zu unterstützen. Von daher, grundsätzlich unterstützen wir das. Wir begleiten das auch gerade in unserer

Mitgliedschaft sehr eng. Wir vertreten 100.000 Unternehmen, die da unterschiedliche Perspektiven darauf haben. Aber am Ende des Tages ist es sicherlich auch im Sinne der strategischen Souveränität der EU ein guter Schritt. Da würde ich jetzt hier einen Schnitt machen.

Der **Vorsitzende**: Ich glaube, das war eine faire Aufteilung. Herr Prof. Potrafke, bitte.

SV **Prof. Dr. Niklas Potrafke** (Ifo-Institut München): Vielen Dank, ich würde differenzieren, differenzieren dergestalt, dass ich glaube, dass auf EU-Ebene das Bestreben der Local Content Requirement loszuwerden, du hast das schon angesprochen, das ist ganz wichtig. Das ist schädlich, das muss weg und das muss auf EU-Ebene verhandelt werden, dass die Europäer in den Genuss der IRA-Förderung kommen. Dies zu unserer strategischen Frage nochmals im Hinblick auf die Außenbeziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Ich würde sonst nochmals die Lanze dafür brechen, bei allen Dingen, die in Richtung Subventionen gehen, insbesondere bei neuen Subventionen, aufs Gaspedal --- äh, Bremspedal zu drücken – Sorry! Gut, das war sozusagen der Test. Die Kollegen von links haben geguckt: „Meint er das ernst?“ ... Nein, das meint er nicht ernst, sondern er meint, einfach zu bremsen und da auch darauf zu achten – jetzt schauen mich die Kollegen vom BMWK an, also sozusagen aus der Regierung –, zu treffen, also dort zu subventionieren, wo wirklich Externalitäten auftreten, wo wir Kostendegressionseffekte haben und vielleicht auch zu gucken, um es noch konkreter zu machen, bei dem, Herr Brinkhaus, was da ist, gegenwärtig auf europäischer Ebene an Subventionen, zu gucken, ob man bei Portfolios umshiften kann, Next Generation EU beispielsweise, die Mittel sind noch nicht abgerufen, da zu gucken, ob man hier im Bereich einfach für die Purposes, die wir diskutieren, einfach Mittel verwenden kann. Danke.

Der **Vorsitzende**: Sehr gut. Das macht manchmal Sinn in Europa zu überlegen, welche Mittel noch da sind, bevor man darüber nachdenkt, welche man neu generieren muss, finde ich jedenfalls. Aber ich bin ja auch kein



Sachverständiger. Herr Kollege Dr. Kaufmann, bitte.

Abg. **Dr. Malte Kaufmann** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Meine Frage geht an den Herrn Prof. van Suntum und ich möchte noch mal zum Thema Industrieindustriestrompreis fragen. Diese Frage wurde vorhin schon aufgeworfen und Herr Prof. Kooths hat in seiner Stellungnahme das Ganze ja auch schon kritisch beäugt. Wie bewerten Sie grundsätzlich die Vorschläge zu einem Industriestrompreis? Sie äußern sich in Ihrer Stellungnahme ja kritisch zu direkten Markteingriffen. Und die Frage: Ist ein solcher Höchstpreis nicht ein weiteres planwirtschaftliches Mittel, das viele vorherige Markteingriffe korrigieren soll, und damit das falsche Instrument?

SV **Prof. em. Dr. Ulrich van Suntum** (Universität Münster): Ja, ich kann Herrn Kooths hier nur zustimmen. Wir sehen einen Grundwiderspruch, meine Damen und Herren, der der ganzen Sache zugrunde liegt. Wir wollen einerseits hohe Energiepreise, hohe Strompreise, um CO₂ zu sparen in Europa, andererseits wollen wir aber Industriestandort bleiben, und beides passt nicht zueinander. Das hatte Herr Kooths schon richtig gesagt. Das ist genauso, wie wenn Sie ihren Pullover knüpfen und Sie fangen mit dem falschen Knopf an, dann werden Sie niemals wieder den Pullover richtig verknüpft bekommen. Das heißt, sie sind zu immer neuen Interventionen gezwungen. Und das wird hier auch noch verbunden mit weiteren Auflagen. Es soll dann also auch noch Tariftreue dabei sein und Klimaschutzmaßnahmen und so weiter. Die Liberalen haben es immer „Ölflecktheorie“ genannt. Der Interventionismus weitet sich immer weiter aus. Und ich bin der Meinung, man muss hier aufpassen, dass man erstmal den ersten Knopf richtig knüpft. Ich hoffe, dass ich das heute geschafft habe – meine Frau ist nicht mitgekommen, die passt sonst immer auf. Aber in der Wirtschaftspolitik würde das bedeuten: Wir müssen uns fragen, ob Netto-Null-Emissionen einer Region, also hier in diesem Fall der EU, überhaupt das richtige Ziel sind. Netto-Null-Emissionen bedeuten extreme Grenzkosten für eine zusätzliche, noch zu

sparende Tonne CO₂. Wir sprechen hier über Kosten in vierstelliger Höhe, um eine Tonne CO₂ zu sparen. Und dann treten halt diese Widersprüche auf, dass wir gleichzeitig auch noch unsere Industrie ruinieren. Ich plädiere dafür, und habe das ja auch in meiner schriftlichen Stellungnahme ausgeführt, dass man stattdessen versucht, andere Länder dabei zu unterstützen, CO₂ zu sparen, wo man den gleichen Klimaeffekt zu einem Bruchteil der Kosten erreichen könnte, die wir hier aufwenden müssten. Zum Beispiel hat der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten 2019 darauf hingewiesen, dass in vielen Ländern die Einsparung einer Tonne CO₂ fünf Dollar kostet pro Tonne. Wir geben dafür im Industriebereich 90 Euro aus und wir geben im Gebäudebereich, auch das habe ich in meiner Stellungnahme grob berechnet, vierstellige Beträge aus, um eine Tonne CO₂ zu sparen. Und dann treten natürlich Probleme auf, dass die Unternehmen sagen, das können wir nicht mehr stemmen, dann müssen wir praktisch abwandern, und dann müssen Sie subventionieren, und subventionieren die gleichen, die Sie vorher bestrafen wollten. Insofern plädiere ich dafür, hier einmal grundsätzlicher an das Problem heranzugehen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Und jetzt kommt der Kollege Maik Außendorf für die Grünen.

Abg. **Maik Außendorf** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Ich habe eine Frage an Prof. Mazzucato. Der Inflation Reduction Act und auch der Chips Act in ähnlicher Weise haben ja sehr unterschiedliche Instrumentenmöglichkeiten, die sie mitbringen. Wo sehen Sie da besondere Stärken, vor allem aus dem Blick der Europäer? Wovon können wir besonders lernen? Und was würde sich zur Adaption eignen?

SVe **Prof. Mariana Mazzucato** (University College London, Great Britain) [Übersetzung aus dem Englischen]: Der Inflation Reduction Act (IRA) und der CHIPS Act fokussieren sich explizit auf die Schaffung guter Arbeitsplätze. Daher ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den USA ein zentraler Aspekt des IRA. Subventionen sind beispielsweise teilweise an



die Höhe der gezahlten Löhne gekoppelt. So erhalten Unternehmen, die tatsächlich den sogenannten existenzsichernden Lohn zahlen, einen zusätzlichen Bonus. Zudem sind Investitionssubventionen mit der Ausbildung von Fachkräften verknüpft. Dies könnte meiner Meinung nach auch ein zentraler Aspekt der Industriepolitik der EU werden. Zurzeit ist das nicht der Fall. Die Europäische Kommission zum Beispiel erwähnt in ihrem Vorschlag für einen Green Deal ausdrücklich die Stärkung der allgemeinen und beruflichen Bildung und die Transformation von Berufen, macht dies aber nicht zur Voraussetzung für den Zugang zu EU-Mitteln. So lag der Erfolg des KfW-Anleiheprogramms für die Stahlindustrie, über das ich vorhin gesprochen habe, genau darin begründet, dass es die Verpflichtung für die Branche gab, den Materialeinsatz zu verringern. Und sie hat dies nicht getan, weil es einen lockeren, schwachen Anreiz, sondern weil es eine starke Bedingung gab. Ein weiterer sehr interessanter Aspekt des US-Modells ist, dass es immer auch mit strategischer Beschaffung verknüpft ist. Wir haben über Strategien auf der Angebotsseite und auf der Nachfrageseite gesprochen. Einer der wichtigsten Hebel ist das Beschaffungswesen. So ist zum Beispiel das Small Business Innovation Research Program, SBIR, ein Programm in den USA, das nach wie vor sehr erfolgreich ist. Es wird mit dem IRA und dem CHIPS Act verknüpft werden und setzt auf strategische Beschaffung als Mittel, um Wettbewerb und Innovation zu fördern, und zwar insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Daher muss jede Regierungsstelle, ob im Gesundheits-, Energie- oder Verteidigungsbereich, etwa 3 Prozent seines Jahresbudgets für die Beschaffung innovativer Lösungen von kleinen bis mittleren Unternehmen aufwenden, um irgendeinen öffentlichen Zweck zu erfüllen. Daher lautet die Empfehlung, dass die EU in Erwägung ziehen sollte, diesen Hebel viel stärker als bisher zu nutzen, also nicht nur Beschaffung auf Ebene der Mitgliedstaaten, sondern eine Art gemeinsames Beschaffungswesen als nachfrageseitiger Mechanismus. Und wir können natürlich aus den Erkenntnissen lernen, die wir im Rahmen von COVID bei der gemeinsamen Beschaffung von Impfstoffen

gewonnen haben. Das kann wirklich eine Art Trichter werden, der dies zum Normalfall werden lässt, um Märkte zu schaffen, nicht nur in Krisenzeiten wie COVID, nicht wahr? Damit kleine Unternehmen durch dieses nachfrageseitige Instrument wachsen können. Aber genau dies ist eine der Schwächen von Europa, dass wir kein gemeinsames Beschaffungswesen haben. Wir haben beispielsweise kein gemeinsames Verteidigungssystem, das in den USA schon immer als ein wichtiger Hebel dafür genutzt wurde, um Innovationen zu fördern.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Frau Prof. Mazzucato. Die nächste Frage kann Hannes Walter für die SPD stellen.

Abg. **Hannes Walter** (SPD): Vielen Dank, meine Frage geht an Herrn Krämer. Wir hatten ja schon von den Local-Content-Vorgaben beim IRA gehört. Wie bewerten Sie die aus Ihrer Sicht gerade im Hinblick auf den Handel mit den USA? Und wir hatten es ja aus europäischer Sicht nicht geschafft, eine gemeinsame Freihandelszone mit den USA herzustellen. Welche Nachteile haben wir denn jetzt daraus? So ein bisschen der Blick in die Glaskugel: Was wäre denn da jetzt besser gewesen?

SV **Matthias Krämer** (BDI): Vielen Dank für die Frage. Vielleicht komme ich ganz kurz zum letzteren Teil. Natürlich haben wir schon in der Präsidentschaft von Donald Trump gemerkt: Es wäre gut gewesen, wenn wir einen TTIP erreicht hätten, und es hätte uns sehr viel Ärger und Spannungen über den Atlantik erspart. Aber das ist jetzt sozusagen vergossene Milch. Und insofern glaube ich, wir sollten uns darauf konzentrieren, was wir jetzt an Formaten mit den USA haben. Da möchte ich in besonderer Weise den Trade and Technology Council nennen. Ein Format, bei dem wir uns als BDI gemeinsam mit anderen Verbänden im Rahmen der sogenannten Transatlantic Business Initiative stark einbringen. Wir sind große Unterstützer dieses Formats, weil wir glauben, das ist eine richtige und wichtige Plattform, um eben die transatlantischen Spannungen, die wir natürlich immer noch haben, auch in Zukunft auszugleichen. Und wir haben gesehen, und dann komme ich jetzt zu den Local-Content-Anforderungen, dass die Veröffentlichung des



IRA, wenn Sie so wollen, ein bisschen eine dunkle Wolke über dem letzten TTC-Treffen im Dezember war und vielleicht auch dafür gesorgt hat, dass wir nicht so viele Ergebnisse dort hatten, wie wir sie uns gewünscht hätten. Wir brauchen wirklich konkrete Deliverables, sagen wir, mit den USA, in diesem TTC. Das geht in das Thema gegenseitige Anerkennung von Standards, von Konformitätsbewertungen. Es gibt einen sehr interessanten Ansatz jetzt: TIST. Diese Transatlantic Initiative for Sustainable Trade im Rahmen des TTC, das schauen wir uns auch sehr genau an und unterstützen das. Es gibt also viele Stellschrauben. Dennoch bleibt natürlich, dass Elemente dieses Inflation Reduction Acts ganz klar WTO-widrig sind. Und wir haben natürlich auch, für die Automobilindustrie gesprochen, große Probleme mit den Local-Content-Anforderungen. Es gibt ja dieses kleine Schlupfloch, wobei wir nicht genau wissen, ob es ein Versehen der Gesetzgebung oder Absicht war, dass Geschäftswagen, also sozusagen Commercial Vehicle cars, über Leasing-Modelle eine Förderung von 7500 Dollar erfahren können. Das scheint jetzt auch zu greifen. Da gibt es erste Indizien dafür, dass Geschäftsautos davon profitieren und damit auch deutsche Hersteller. Ich würde aber immer empfehlen, diese WTO-Widrigkeit zwar anzuerkennen, aber eine handelspolitisch vorsichtige Antwort zu wählen, um im Sinne der transatlantischen Beziehungen ... wir werden in schwierige Fahrwasser kommen und es wird noch komplizierter mit den USA, aus unserer Sicht, in gemeinsame Beziehung zu treten, handels- und wirtschaftspolitischer Art. Insofern müssen wir, glaube ich, da – typischer Verbandssprecher – mit Augenmaß vorgehen, aber ich würde wirklich dafür plädieren. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Stefan Rouenhoff, bitte.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich auch an Matthias Krämer, an den Vertreter der deutschen Industrie. Sie sind auf ein regelbasiertes Handelssystem angewiesen. Und das gilt nicht nur mit Blick auf die USA, sondern auch mit Blick auf andere Länder. Deswegen möchte ich noch einmal von Ihnen wissen, wie Sie die Folgen des IRA einschätzen

für den regelbasierten Handel, für das regelbasierte Handelssystem, auf das Sie so angewiesen sind.

SV **Matthias Krämer** (BDI): Natürlich hilft uns ein solcher Ansatz nicht, wenn wir als BDI und auch als deutsche Industrie immer wieder dafür werben und das fordern. Die WTO, der multilaterale Rahmen, ist sozusagen ein ganz großes Gut, ein Schatz, den wir haben. Wir sind auch nicht Anhänger dieser WTO-Müdigkeit, die sie in vielen Debatten und Runden und auch bei vielen Staaten spüren. Gleichwohl: Wir müssen, denke ich, realistisch darauf schauen, welche Möglichkeiten wir zum Beispiel gerade in der WTO hätten, solch einen Fall wie den Inflation Reduction Act zu behandeln. Wir haben einen mehr oder weniger lahmgelegten Streitbeilegungsmechanismus. Es würde zu nichts führen, dort jetzt vor den Kadi zu ziehen, wenn alle Beteiligten sich diesem Verfahren nicht unterordnen. Insofern sind solche Formate wie der TTC – das sind sicherlich nicht die Plattformen, die wir uns alle erhofft haben, als die WTO gegründet wurde und, über die wir über viele Jahre so viel Handel abgewickelt haben – sozusagen die beste aller Welten. Aber am Ende des Tages ist es wahrscheinlich momentan der sicherere Boden, um mit den USA in Kontakt und in Beziehung zu treten. Dennoch: Die WTO und ihr Regelwerk regeln heute zu einem ganz hohen Prozentsatz unseren täglichen Export, unseren täglichen Handel. Das wird oft vergessen in den Diskussionen. Insofern würden wir immer dafür werben, die WTO in keiner Weise irgendwie abzuschreiben oder wie auch immer. Wir haben gerade dazu ein Positionspapier veröffentlicht, wir sind vor Ort in Genf, sind mit der ständigen Vertretung der Bundesrepublik dort vor Ort, wir machen Veranstaltungen. Also, wir versuchen auch in unsere Klientel hinein, wo es zugegebenermaßen auch sehr viele kritische Stimmen gibt, für diesen multilateralen Rahmen zu werben. Das führt mich noch zu einem anderen Punkt. Damit einhergehend: Wir reden immer in der WTO von der Spaghetti-Bowl, also von verschiedenen Freihandelsabkommen und anderen Initiativen, die sozusagen auch „grundlageverhandelt“ sind. Wir glauben, dass neben der transatlantischen Beziehung, die wir pflegen müssen, auch die vielen



Freihandelsabkommen, die jetzt in der Pipeline sind, auf europäischer Ebene zum Abschluss gebracht werden sollten. Wir haben große Hoffnung, dass das mit Mercosur funktioniert. Wir glauben auch, dass der Vorschlag, der von der Europäischen Kommission jetzt auf dem Tisch liegt, der richtige ist und unterstützen ihn. Also insofern sind auch das Elemente für einen multilateralen Handel. Auch wenn es, sozusagen, auch da ausschert, in der Spaghetti-Bowl ist, aber daran halten wir fest, und die Bedeutung ist für die Industrie nach wie vor sehr hoch.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Krämer. Angesichts der Informationen, die eine Delegation dieses Wirtschaftsausschusses in Washington aus dem Handelsministerium bekommen hat, dass so wirklich gar kein Interesse an einem weiteren Freihandelsabkommen bestehe, ist sicherlich die von Ihnen beschriebene Strategie, zu werben und mal die Vor- und Nachteile, oder im Zweifel die Vorteile noch ein bisschen zu akzentuieren, keine schlechte Strategie. Bernd Westphal, bitte.

Abg. **Bernd Westphal** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine Frage geht an Prof. Tom Krebs. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme auch nochmals abgehoben darauf, welche Transformationsbremse hohe Strompreise bilden. Und deshalb meine Frage: Auf der einen Seite kann man sicherlich im Strommarktdesign etwas ändern, damit Erneuerbare Energien eine preissenkende Wirkung entfalten, aber auf der anderen Seite für die Brücke im Transformationsstrompreis, und das gekoppelt auch in der Voraussetzung, dass man tariflich bezahlt. Wie schätzen Sie das ein, welche Wirkung das entfalten kann?

SV **Prof. Dr. Tom Krebs** (Universität Mannheim): Vielen Dank für die Frage. Ich hatte das Thema „Industriestrompreis“ ja schon angeschnitten. Ich denke, die Strategie muss immer sein, dass wir eine Unterstützung der Industrie immer sehen als Teil eines Gesamtkonzeptes, insbesondere auch im Rahmen der Reform des europäischen Strommarktes und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, sodass wir in den nächsten Jahren mit einer Senkung des

langfristigen Strompreises rechnen können, vernünftigerweise. Das heißt, dass das wirklich nur eine Überbrückungsfinanzierung ist. Man kann das auch in Verbindung bringen mit der Krise. Die Energiekrise 2022 war eine Krise mit ökonomischen Schäden und sozialen Schäden und Spannungen. Und sie wird auch jetzt noch nicht zu Ende sein und auch nicht 2024 – wenigstens die Wirkung dieser Krisen, die hohen Strompreise, mit denen werden wir noch einige Jahre zu kämpfen haben. Das ist damit auch das ökonomische und teilweise das juristische Argument zur Finanzierung über den Wirtschafts-Stabilisierungsfonds, der ein Vorschlag ist, den ich unterstützen könnte. Das ist der Bereich der Industriestrompreise. Sie hatten auch die Tarifbindung kurz erwähnt und ich finde das nochmals ganz wichtig zu wiederholen. Mariana [Mazzucato] hat schon erwähnt, dass der Inflation Reduction Act auch als eine Gute-Arbeit-Politik verstanden wird und die Investitionsförderung kombiniert mit der Förderung von guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen. Da ist auf der europäischen Ebene etwas verlorengegangen. Ich denke, man könnte da europäische Initiativen auch aus Deutschland heraus vielleicht wiederbeleben, mindestens eine Richtlinie. Und auf deutscher Ebene, würde ich sagen, die aktuell im Gespräch oder in der Konzeption befindlichen Klimaschutzverträge könnten kombiniert werden mit einer gewissen Bedingung an gute Arbeit. Man kann, wenn wir den Industriestrompreis bekommen könnten, das auch, das war die Frage, verknüpfen und koppeln mit Gute-Arbeit-Bedingungen, aber der größte Push und das hatte Mariana ja auch schon vielleicht erwähnt, Public Procurement, der größte Push wird natürlich in den Aufträgen der öffentlichen Hand liegen. Und da hoffe ich auf ein gutes Bundestariftreugesetz, das dann auch von der gesamten Bundesregierung unterstützt wird.

Der **Vorsitzende**: Das haben Sie aber noch gut untergebracht. Vielen Dank, Herr Prof. Krebs. Reinhard Houben hat das Wort für die FDP.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Ich möchte Herrn Prof. Kooths fragen. Sie haben in einem Gastbeitrag des Handelsblattes ein sogenanntes Green Paradox erklärt und die Frage



aufgeworfen, was passiert, wenn nur im Westen dekarbonisiert wird und im Rest der Welt nicht, womit dann die Preise für fossile Energien weltweit sinken. Wie können wir diesen Effekt vermeiden? Wie können wir sicherstellen, dass unsere Dekarbonisierungsmaßnahmen wirklich greifen und es eben nicht nur eine weltweite Verschiebung des Problems gibt?

SV Prof. Dr. Stefan Kooths (IfW Kiel): Ja, wir müssen diesen Elefanten im Raum ernst nehmen. Wir haben es hier mit einem globalen Koordinationsproblem zu tun. Und das können wir nicht dadurch lösen, dass wir in einem Wirtschaftsraum hierzulande in Europa, und sei es auch zusammen mit den Vereinigten Staaten transatlantisch, diesen Wirtschaftsraum dekarbonisieren und in der übrigen Welt geschieht dann nichts. Diese Vorstellung, dass Erneuerbare Energien unabhängig von ihrem Vorteil, dass sie keine CO₂-Emissionen verursachen, sich darüber hinaus auch am Markt durchsetzen können, dafür spricht derzeit nichts, denn wir sehen eben gerade nicht einen Run der privaten Akteure auf diese Energieformen, sondern sie setzen sich ja überall nur dort durch, wo der Staat mit entsprechenden Subventionen agiert. Und deshalb ist hier der Markttest eben noch nicht bestanden. Das spricht jetzt ja nicht generell gegen Erneuerbare Energien, aber wir dürfen uns hier auch keine doppelte Dividende versprechen. Wir müssen eben – und Herr van Suntum hat es ja ausgeführt – wir haben hier eben eine Energieform, die ist sehr kapitalintensiv, und die verursacht Kosten, sehr geringe variable Kosten und darauf fokussiert sich ja auch die öffentliche Debatte, aber die systemischen Kosten dieser Energieformen sind derzeit eben deutlich höher, als die fossilen Brennstoffe es ermöglichen. Das ist ja der Grund dafür, weshalb die Welt sich so stark auf die fossilen Brennstoffe fokussiert hat, weil sie eben sehr leicht abbaubar sind und ein sehr einfaches Instrument sind, um Energie zu gewinnen. Lassen Sie mich noch eine zweite Anmerkung machen generell zur Vorgehensweise. Es ist vorhin von Bestrafung gesprochen worden, dadurch, dass wir CO₂-Emissionen bepreisen. Ich möchte hier noch einen Aspekt einbringen, der bislang zu kurz kam. Wir haben einen guten Grund dafür, dass wir auf marktwirtschaftliche

Instrumente setzten, weil die sozioökonomische Komplexität nicht beherrschbar ist für zentrale Eingriffe. Und der große Vorteil der CO₂-Bepreisung ist, dass Sie in einem sehr überschaubaren Bereich einen Eingriff vornehmen, hier eine Ressource bepreisen, die bislang frei verfügbar war. Und alle übrigen Bereiche passen sich an. Die Industriepolitik agiert andersherum, sie sagt: Okay, ich versuche, in allen übrigen Bereichen durch Subventionen Alternativen attraktiver zu machen. Es läuft am Ende aber darauf hinaus, dass Sie die Relativpreise zwischen fossilen und anderen Energieträgern verändern. Es ist viel einfacher, dies über entsprechende Bepreisung direkt zu tun und nicht indirekt über irgendwelche Alternativen. Denn das ist das zentrale Problem. Hier fehlt der Wirtschaftspolitik tatsächlich das Wissen, um in diesem komplexen Bereich überhaupt zu wissen, wo adäquat interveniert werden kann.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Kollege Dr. Wiener, bitte.

Abg. Dr. Klaus Wiener (CDU/CSU): Meine Frage geht nochmals an Herrn Prof. Kooths. Sie haben sich sehr viel auch mit dem Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft beschäftigt. Und der Befund ist, wie wir alle wissen, leider rückläufig. Welche Effekte erwarten Sie von der energetischen Transformation? Und mich würde in dem Zusammenhang auch mal interessieren, wie Sie das Konzept der Leitmärkte sehen oder wie das gerade schon mal genannt wurde, Strategic Procurement: Ist das etwas, was in dem Zusammenhang zielführend ist? Vielen Dank.

SV Prof. Dr. Stefan Kooths (IfW Kiel): Die Wachstumsschwäche ist vor allen Dingen demografisch angelegt und sie wird durch die Transformation nochmal akzentuiert und zwar deshalb, weil wir jetzt zwar in einem enormen Maß investieren müssen, um diese energetische Transformation hinzubekommen, das sind aber eben Investitionen, die den Kapitalstock und damit die Produktionsmöglichkeiten umbauen und nicht, wie es sonst typischerweise mit Investitionen verbunden ist, die Produktionskapazität insgesamt erweitern. Und das wird deshalb Verteilungskonflikte [?] auch noch einmal zusätzlich verschärfen, weil wir



eben mehr Investitionen brauchen, aber dafür gleichzeitig weniger Konsummöglichkeiten erwerben. Also hier auch nochmals der Hinweis: Bitte keine doppelte Dividende erwarten von dieser Politik! Sie wird natürlich die unmittelbar damit betroffenen Wirtschaftsbereiche stärker wachsen lassen, aber gesamtwirtschaftlich wird es das Wachstum tendenziell schwächen, übrigens auch dadurch, dass Sie jetzt verstärkt Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auf diesen Bereich richten müssen und der muss dann eben von anderen Bereichen, die sonst wachstumskräftig gewesen wären, abgezogen werden. Alles, was jetzt beispielsweise Public Procurement oder andere Auflagen angeht, da würde ich auch sehr stark warnen, in diese Richtung zu gehen. Überhaupt multiple Ziele mit einem wirtschaftspolitischen Instrument zu verbinden, macht die gesamte Aufgabe noch komplexer als sie ohnehin schon ist. Wenn Sie beispielsweise Arbeitsmarktpolitik machen wollen, dann nehmen Sie Arbeitsmarktinstrumente, wenn Sie den Mittelstand fördern wollen, dann machen Sie entsprechende Mittelstandspolitik. Aber bitte nicht mit einem Instrument, was für die Dekarbonisierung eingesetzt werden soll, jetzt auch noch weitere Ziele daran verknüpfen, das macht den bürokratischen Aufwand immer größer. Wenn wir hier von Konditionierung dieser Programme sprechen, heißt es einfach, sie sind mit weiteren Auflagen verbunden. Hier gibt es einen großen Unterschied zwischen der marktwirtschaftlichen Lösung. Umsätze, die Sie im Markt machen, müssen Sie sich von niemandem genehmigen lassen. Jede Beihilfe, jede Vergünstigung, die Sie bekommen wollen, muss vorher einen bürokratischen Prozess durchlaufen. Und das wird auch dazu führen, dass wir immer mehr knappe hochqualifizierte Arbeit in Bereichen einsetzen, wo wir uns gegenseitig bescheinigen und überprüfen, ob bestimmte Auflagen eingehalten worden sind oder nicht. Das ist aber insgesamt, gesamtwirtschaftlich völlig unproduktiv. Das heißt, wir nutzen hier knappe Produktionsfaktoren, nur um einen größeren bürokratischen Apparat zu unterhalten. Und das ist eben völlig wachstumsneutral.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Prof. Kooths. Ich will nur kurz darauf hinweisen, dass wir so ein bisschen zeitlich hinterherhängen. Trotzdem hat jeder das Recht, seine Frage zu stellen. Sollte jemand auf die Idee kommen, verzichten zu können, weil seine Frage möglicherweise schon irgendwo anders oder früher beantwortet wurde, dann hätte ich nichts dagegen. Jetzt kommt die Kollegin Kopf für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Chantal Kopf** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. Meine Frage geht an Prof. Mazzucato. Wir haben jetzt über verschiedene Instrumente auf EU-Ebene gesprochen und auf Ebene der Mitgliedstaaten. Vielleicht können Sie noch einmal ausführen, wie die europäische Koordinierung mit den Mitgliedstaaten aussehen könnte? Danke.

SVe **Prof. Mariana Mazzucato** (University College London, Great Britain) [Übersetzung aus dem Englischen]: Sicher. Okay, zunächst einmal – tut mir leid, ich habe wieder dieses Echo. Vielen Dank! Es ist definitiv nicht die Zeit für Sparmaßnahmen in Europa. Die gab es nach der Finanzkrise, als der Aufschwung in Europa davon abhing, dass verschiedene Länder, insbesondere in Südeuropa, ihre Staatsverschuldung begrenzen. Die Ironie an der Geschichte war, dass dies die Verschuldung im Verhältnis zum BIP nur erhöht hat, weil man es dann versäumt hat, auch zu investieren und alle langfristigen Einflussfaktoren des BIP, also den Nenner, zu berücksichtigen. Das führte dazu, dass Spanien seine öffentlich finanzierten F&E-Ausgaben um mehr als 30 Prozent kürzte, um die Schuldenbremse einzuhalten, was sich letztendlich als kontraproduktiv erwies. Notwendig ist eine europaweite Investitionsstrategie, und der beste Weg, diese zu erreichen, ist durch Koordination im Bereich dessen, was ich missionsbezogene Problemstellungen genannt habe. Wenn wir also über die neuen Missionen nachdenken, die aus Europa heraus auf der Grundlage meiner gemeinsamen Arbeit mit Carlos Moedas, dem damaligen Generaldirektor der DG-Innovation, entstanden sind, dann hat man sich auf fünf geeinigt. Eine Mission beschäftigt sich mit dem Klimawandel, eine mit Krebs, eine mit den Ozeanen, eine mit klimaneutralen Smart Cities



und eine weitere mit Boden, Gesundheit und Ernährung. Auf diese Weise kann die Industriestrategie unter diesen weit gefassten Missionsbereichen auf konkrete Ziele ausgerichtet werden. Wenn wir beispielsweise 100 kohlenstoffneutrale Städte in Europa wollen, wenn wir die digitale Kluft in Europa komplett schließen wollen, damit beim nächsten Lockdown alle Kinder und Lernenden in Europa gleichberechtigten Zugang zu ihrem Menschenrecht auf Bildung haben, dann ist dies ein großartiger Weg, um diese Art der sektor- und länderübergreifenden Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten nachhaltig zu fördern. Und das ist übrigens absolut notwendig, um die nach wie vor in Europa bestehende Wettbewerbsverzerrung zu verhindern. Es gibt einige Länder wie Deutschland, die tatsächlich in etwas investieren, das ich als Innovationssystem bezeichnen würde. Es gibt die Fraunhofer-Institute, die Max-Planck-Institute und öffentliche Banken wie die KfW, die solche Kredite bereitstellen, um Ihre Produktionsbasis umweltfreundlicher zu gestalten. Einige andere Länder verfügen nicht über solche Institutionen. In einigen europäischen Ländern gibt es zum Beispiel keine aktiven strategischen öffentlichen Banken. Uns fehlen so dynamische Verbindungen zwischen Wissenschaft und Industrie wie Fraunhofer in Deutschland. Hier bietet sich uns die Chance für eine europaweite Diskussion, bei der es nicht darum geht, die Ausgaben auf pauschale Defizitzahlen zu begrenzen, sondern wirklich zu erfahren, was funktioniert und was nicht, wenn es darum geht, das investitions- und innovationsgestützte Wachstum auf missionsorientierte Weise zu katalysieren, und welche Institutionen Europa in allen Mitgliedstaaten braucht. Sonst wird es immer darauf hinauslaufen, dass einige Länder wettbewerbsfähiger werden und andere nicht. Und dann die Auseinandersetzungen im letzten Jahrzehnt darüber, ob der Norden den Süden subventionieren sollte, was einfach nur zu einem Mangel an Solidarität und der Frage geführt hat, wie wir die Ziele erreichen können, die wir uns setzen sollten, um grünes und integratives Wachstum zu schaffen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank Frau Prof. Mazzucato. Der Kollege Arlt hat für die SPD das Wort.

Abg. **Johannes Arlt** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen, Kollegen! Herr Prof. Krebs, ich habe noch eine Nachfrage. Sie hatten angedeutet ... In Ihrer letzten Ausführung hatten Sie über „gute Arbeit“ gesprochen, hatten das Schlagwort zumindest noch einmal aufgebracht, und wenn man sich die offiziellen Verlautbarungen aus dem Weißen Haus anschaut, dann ist da über die Rolle der amerikanischen Arbeiter in der Sicherung der Technologieführerschaft die Rede. Und deshalb ganz konkret die Frage: Welche Ideen und Maßnahmen für „gute Löhne“ sind konkret jetzt in diesem Paket enthalten? Gibt es noch etwas Konkretes, das man sagen kann? Und wie könnten aus Ihrer Sicht Antworten auf europäischer Ebene aussehen, dass wir wirklich gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen als Bedingungen für die Subventionsgenehmigungen dementsprechend auch einbinden können?

SV **Prof. Dr. Tom Krebs** (Universität Mannheim): Vielen Dank für die Frage, die mir ermöglicht, jetzt nochmals auf diesen Punkt, Gute-Arbeit-Politik, einzugehen. Es wurde schon erwähnt, vorerst, dass wir vielleicht nicht Arbeitsmarktpolitik und Industriepolitik vermischen sollten. Ich denke, wir sollten – und der Inflation Reduction Act macht es genau. Und der Grund, warum wir das tun sollten, ist, dass es im Arbeitsmarkt nicht wie beim Markt für Äpfel und Birnen, keine vollkommene Konkurrenz gibt, es gibt Machtverhältnisse. Und der Staat hat hier eine Aufgabe, diese Machtverhältnisse in eine Balance zu bringen. Und solange das der Fall ist, gibt es auch theoretisch ökonomische Argumente, die dafürsprechen, diese Gute-Arbeit-Politik mit der Industriepolitik zu verbinden. Das ist zuerst einmal der allgemeine Punkt, den ich doch noch einmal unterstreichen möchte. Was könnten wir jetzt konkret auf europäischer Ebene tun? Ich hatte ja schon erwähnt, und auch Mariana Mazzucato hatte das erwähnt, dass bis jetzt die Europäische Kommission keine konkreten Vorschläge für diese Verknüpfung gemacht hat, bei der



Weiterbildung ja. Man könnte es so wie in den USA machen. Ich denke, dass es zurzeit aber ein schwieriger Prozess ist. Aber was ich mir wünschen würde, vielleicht, und das wäre vielleicht eine Initiative, die auch aus Deutschland kommen könnte, ist, dass es eine Richtlinie gibt, wie bei dem Mindestlohn. Eine europäische Richtlinie, die den Mitgliedstaaten empfiehlt, eine solche Investitionspolitik zu betreiben. Und ganz konkret, das wäre – glaube ich – politisch vielleicht umsetzbar. Und das hat trotzdem schon eine Auswirkung auch auf die Mitgliedstaaten, auch wie diese Mindestlohnrichtlinie, die ja nicht bindend ist, aber trotzdem in der Diskussion sehr viel weiterhilft. Ganz konkret hatte ich ja schon erwähnt, dass Deutschland jetzt ganz konkret bei den Fördermaßnahmen, die ja immer klimafreundliche Fördermaßnahmen sind, also über diese Richtung diskutieren wir ja auch gar nicht mehr, und ich möchte diese klimafreundliche Richtung verbinden mit der produktiven Gute-Arbeit-Richtung. Und das wären jetzt vielleicht bei den Klimaschutzverträgen, da wird das aktuell diskutiert, und bei anderen Investitionsförderungen. Ich würde nicht dafür plädieren, jetzt auch noch die Superabschreibungen damit zu verbinden. Man will es nicht übertreiben. Das verstehe ich auch, dass es nicht überall geht, aber wo es geht, sollte man es versuchen.

Der **Vorsitzende**: Ja, wir müssen versuchen, nicht zu übertreiben, was die zeitliche Begrenzung angeht, das ist jetzt nicht an Sie persönlich gerichtet, sondern insgesamt. Ich habe noch vier Wortmeldungen. Ich wiederhole: Falls jemand sagt, die Frage ist unerlässlich wichtig, dann soll sie gestellt werden. Falls sie kurz beantwortet werden kann, hätte ich auch nichts dagegen. Enrico Komning für die AfD.

Abg. **Enrico Komning** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, ich beeile mich. Meine Frage geht an Prof. van Suntum. Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme vom Grünen Paradoxon. Das ist vorhin schon ganz kurz angesprochen worden, Verlagerungseffekt bei CO₂-Emissionen. Herr Prof. Kooths hat dazu vorhin schon ganz kurz ausgeführt. Und Herr Prof. van Suntum, Sie adressieren auch die Problematik der steigenden

Grenzkosten bei einer Null-Emissions-Strategie in Ihrer Stellungnahme. Meine Fragen sind: Wie schätzen Sie das Ziel und die Maßnahmen der EU und in Deutschland ein, Klimaneutralität in allen Ländern und Sektoren zu erreichen? Und die zweite Frage: Wie hoch schätzen Sie die Kosten der Verminderung einer Tonne CO₂ in der EU im Vergleich zu entsprechenden Maßnahmen in anderen Ländern ein? Danke.

SV Prof. em. Dr. Ulrich van Suntum

(Universität Münster): Ja, die zweite Frage hatte ich eben schon beantwortet. Zu der ersten möchte ich zwei Zahlen hier einmal in den Raum stellen, die vielleicht nicht jedem bewusst sind: Die Europäische Union hat zwischen 1990 und 2020 bereits ein Drittel ihrer Treibhausgasemissionen reduziert, und zugleich, im gleichen Zeitraum, ist in der Welt aber der Ausstoß von Treibhausgasen um zwei Drittel gestiegen. Und weil die Welt größer ist als die EU, ist es in absoluten Zahlen noch viel mehr. Und das heißt, wir kommen mit diesem lokalen Ansatz auch ökologisch nicht weiter. Die Europäische Union hat heute noch einen Anteil von 9,5 Prozent an den weltweiten Treibhausgasemissionen. Aber wenn wir den auf null reduzieren, was ja das erklärte Ziel ist, bedeutet das nicht – man könnte ja sagen, na gut, 9,5 Prozent, dann haben wir wenigstens etwas geleistet, wenn wir die auch noch einsparen, die werden eben nicht eingespart, selbst wenn wir auf null reduzieren. Und das hängt mit den Verlagerungseffekten zusammen. Erstens wächst die Welt weiter. Die Menschen wollen mehr Wohlstand. Die Weltbevölkerung wächst. Wir müssen dafür sorgen, dass in der Welt das Wachstum ökologischer und CO₂-ärmer wird und nicht bei uns, weil das bei uns völlig sinnlos ist, bezogen auf das Weltklima, hier etwas zu erreichen. Das ist der erste Punkt. Zweitens, wenn wir bei uns die Industrie immer stärker belasten und die deswegen abwandern, dann stoßen sie woanders das CO₂ aus, das wir hier eingespart haben, möglicherweise sogar mehr, weil dort die Gesetzgebung schwächer ist. Das heißt, wir haben einen kontraproduktiven CO₂- und Klimaeffekt mit dieser Politik. Drittens, wenn wir in der Europäischen Union die fossilen Energieträger verbannen, dann sinkt deren Weltmarktpreis, und sinkende Weltmarktpreise führen dann in anderen



Ländern zu steigender Nachfrage. Ein ganz einfacher ökonomischer Zusammenhang. Wieder ein kontraproduktiver Effekt unserer allein auf die EU bezogenen Klimapolitik. Und darum, ich kann nur das unterstreichen, was Herr Kooths schon gesagt hat: Wir haben es hier mit einem globalen Problem zu tun. Und ein globales Problem können Sie nur mit einem globalen Ansatz lösen. Und wenn Sie versuchen, globale Probleme mit isolierten, auch wenn die EU relativ groß ist, auf einzelne Regionen bezogenen Maßnahmen zu lösen, werden Sie scheitern. Wir ruinieren uns selbst, ohne dass es dem Weltklima irgendetwas hilft.

Der **Vorsitzende**. Vielen Dank. Und die SPD verzichtet auf ihre letzte Frage, das finde ich sehr nett. Tilman Kuban für die CDU/CSU.

Abg. **Tilman Kuban** (CDU/CSU): Ja, eine kurze Frage an Herrn Prof. Potrafke. Wir haben jetzt viel gehört über die Perspektiven aus Wissenschaft, aus der Politik, auch aus Verbänden. Vielleicht könnten Sie uns noch einmal eine Information geben, was es eigentlich für Zahlen gibt, wie die Unternehmen das eigentlich sehen und was die sich eigentlich wünschen würden von der Politik?

SV **Prof. Dr. Niklas Potrafke** (Ifo-Institut München): Vielen Dank. Das Ifo ist bekannt für Unternehmensbefragungen. Die Antwort bei Unternehmen ist relativ kurz. Von Unternehmen wissen wir noch nicht viel. Aber wir wissen etwas ganz Neues, und ich darf das heute schon verraten, von internationalen Experten. Also verraten insofern, weil das eine Studie ist, die wir für die Kollegen vom Bundesfinanzministerium gemacht haben. Und wir haben, also insofern verbunden mit Unternehmen und Unternehmern, internationale Wirtschaftsexperten zum IRA befragt, weil wir aus wissenschaftlicher Perspektive noch gar nicht so viel sagen können. Es ist brandneu und die Regierungen beschäftigen sich erst seit Weihnachten so richtig mit dem IRA. Und wir haben ein ganz starkes Befragungstool in München am Ifo-Institut und befragen weltweit 8000 Expertinnen und Experten aus über 130 Ländern. Die wurden meist promoviert in Volkswirtschaftslehre. Und da sind viele Wissenschaftler mit dabei von Universitäten,

von Forschungsinstituten, von internationalen Organisationen. Und wir haben gefragt, im März, wie der IRA zu bewerten ist und was zu tun ist. Und das war spannend insofern, als dass wir auf internationaler Ebene gar nicht die große Besorgnis beobachten, die wir hier in Europa beobachten. Auf internationaler Ebene wird der IRA relativ entspannt betrachtet. In Europa ist das anders, das muss man sagen, insbesondere in Deutschland, in Frankreich, wir haben heute auch viel von der Mariana [Mazzucato] schon zur aktiven Industriepolitik und ähnlichem gehört. Da gibt es einen historischen Zusammenhang, dass man sich hier also Gedanken macht. Und jetzt ist die Frage, ja wenn man sich Gedanken macht, inwiefern werden Firmen abwandern, jetzt komme ich Herr Kuban wieder zurück auf Unternehmen, und man hat in Europa größere Angst, dass Firmen abwandern durch den IRA, als man das international hat. Und wir haben dann letztlich auch gefragt, und jetzt komme ich auf das zurück, was wir heute im Ausschuss mit Ihnen diskutiert haben, was zu tun ist. Wir haben die Experten gefragt: Was soll denn jetzt gemacht werden? Also so ähnlich wie wir das hier besprechen. Und das war bemerkenswert, weil wir im Hinblick auf Antworten und wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen 40 Prozent der Leute hatten, die gesagt haben, wir brauchen eine aktive Industriepolitik, inklusive Subventionen, wie wir das heute gesprochen haben. Und wir hatten einen Prozentpunkt mehr an Antworten mit 42,6 Prozent, denke ich, von Experten, die international gesagt haben, wir müssen Investitionsbedingungen verbessern, wir müssen Rahmenbedingungen verbessern. Und knüpfen da, glaube ich, an viele Sachen an, die heute auch schon gefallen sind, rund um Forschungs- und Entwicklungsausgaben, rund um öffentliche Infrastruktur. Und vielleicht auch, da bin ich bei Tom Krebs, ist das als Gelegenheit zu nutzen zu sagen: Was kann man denn national machen? Wie können wir uns national verbessern, oder wie kann man hier vielleicht, wenn ich an Herrn Arlt von der SPD zu den „guten Löhnen“ denke, wie kann man vielleicht über Lohnnebenkosten diskutieren und mit Unternehmen ins Gespräch kommen, um irgendwie Rahmenbedingungen zu



verbessern? Also, das sind spannende Erkenntnisse, die wir mitnehmen aus der Studie und die vieles von dem stützen, was wir besprochen haben. Danke.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank, spannende Studie, Sie haben es auch sehr spannend gemacht, aber leider auch wieder ein bisschen zu lang. Die FDP könnte jetzt die letzte Frage stellen, wenn sie will.

Abg. **Reinhard Houben** (FDP): Ja, sie stellt eine kurze Frage nochmals an Herrn Prof. Dr. Kooths. Führen Sie doch bitte aus, den im Vergleich Emissionszertifikathandel auf der einen Seite und auf der anderen Seite die verschiedensten Instrumente, mit denen wir im Moment hantieren oder hantieren wollen. Also CCFDs, Text Credits und so weiter und so fort.

SV **Prof. Dr. Stefan Kooths** (IfW Kiel): Ja, das kann man ganz kurz machen. Alles, was unter CO₂-Bepreisung läuft, ob das das Zertifikate System ist oder auch eine Form von CO₂-Steuer, ist sehr punktuell und verschiebt unmittelbar die Relativpreise zu Lasten der ökonomischen Aktivitäten, die mit CO₂-Emissionen verbunden sind. Ist also ein sehr zielgenaues und sehr bürokratiearmes Instrument, was sich am ehesten auch international vergleichbar aufstellen lässt. Von der globalen Koalitionsproblematik wurde schon gesprochen. Es ist schwierig genug, sich global auf einen CO₂-Preis zu verständigen. Es ist aber noch viel schwieriger, wenn jetzt jedes Land seine eigene Industriepolitik macht, die auf Dekarbonisierung hinauslaufen soll, dies dann vergleichbar zu machen. Das heißt, es wird noch viel, viel schwieriger werden, darüber dann sich zu verständigen, ob wir noch so etwas wie ein Level Playing Field haben. Von daher empfehle ich, sehr stark auf die sehr transparenten, bürokratiearmen Instrumente zu setzen, auch mit Blick auf die Koalitionsproblematik, und von allem anderen, was in Richtung aktiver Industriepolitik geht, die Finger zu lassen, weil wir uns die Finger genau an der Komplexität verbrennen werden, die damit verbunden ist. Nicht zuletzt, und das ist immer so bei solchen Instrumenten, die punktuell eingreifen, ist das natürlich immer eine offene Flanke für alle möglichen Formen des Lobbyismus. Also am Ende in dieser sehr komplexen Gesetzgebung,

die damit ja verbunden sein muss, dann auch immer Partikularinteressen durchzusetzen, weil das im öffentlichen Raum kaum noch zu bewältigen ist, was da diskutiert werden muss. Das heißt, wir haben hier auch ein großes Problem dahingehend, dass die Interessen, die sich gut organisieren lassen, hier wieder einen Vorteil bekommen gegenüber dem Allgemeinwohl und damit den Interessen, die sich schlechter organisieren lassen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, insbesondere für die 35 Sekunden, die wir bekommen haben. Mit diesem letzten Redebeitrag von Herrn Prof. Kooths schließe ich die öffentliche Anhörung, die einmal mehr unter Beweis gestellt hat, dass es immer wieder gut ist, verschiedene Aspekte unter unterschiedlichen Blickwinkeln zu bewerten. Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, natürlich insbesondere bei den Sachverständigen für die interessanten und hilfreichen Beiträge, aber auch bei den Dolmetschern und Dolmetscherinnen und für die Konferenztechnik. Auch herzlichen Dank dafür! Letztlich auch für das Interesse an dieser Anhörung. Das war ja gar nicht so gering. Und damit verabschieden wir uns jetzt von der Öffentlichkeit. Wir werden hier an diesem Ort, an dieser Stelle gleich mit unserer regulären Ausschusssitzung beginnen, die nichtöffentlich ist. Wir machen eine kurze Verschnaufpause. Wir haben heute noch ein bisschen was zu tun als Wirtschaftsausschuss und manches noch zu beraten, auch noch in einer weiteren Sitzung. Insofern herzlichen Dank für alles, was wir gehört haben, und für die interessante Diskussion. Wir versuchen, die Sitzung in zehn Minuten nichtöffentlich fortzusetzen. Vielen Dank für Ihr Interesse. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 10:43 Uhr

Michael Grosse-Brömer, MdB

Vorsitzender



Verweise auf Stellungnahmen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut

Prof. em. Dr. Ulrich **van Suntum**
A-Drs. 20(9)247

Prof. Dr. Niklas **Potrafke**
A-Drs. 20(9)249

Matthias **Krämer**
A-Drs. 20(9)250

Prof. Dr. Stefan **Kooths**
A-Drs. 20(9)251

Prof. Mariana **Mazzucato** Ph.D.
A-Drs. 20(9)252

Prof. Dr. Tom **Krebs**, Ph.D.
A-Drs. 20(9)254